

Ausgabe A Nr. 20

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Gebung und Aberglauben“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-293. Verlag: Donhoff 2506-2507

Freitag, den 23. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postfach 36 - Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distretto-Genossenschaft, Revolutenkonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Monatszeile 0,70 Goldmark, 4. - Goldmark, „kleine Anzeigen“ bis fortgesetzte Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei fortgesetzte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenangebote erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 0,50 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar stellt durch 4,20.

Anzeigen für die n. d. d. e. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach 36, Berlin 375 36, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Duldung der Rechtsregierung.

Weniger als die Hälfte der Abgeordneten stimmen für Luther!

Im Reichstag wurde gestern bei der namentlichen Abstimmung über den von Deutschnationalen, Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftlicher Vereinigung und Bayerischer Volkspartei gemeinsam eingebrachten Billigungsantrag folgendes Abstimmungsergebnis festgestellt:

Mit Ja stimmten 246, mit Nein stimmten 160; der Stimme enthielten sich 39.

Damit waren die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge erledigt. Von den Parteien der Rechten fehlten nur wenige Abgeordnete, während das Zentrum große Lücken aufwies und auch bei den Demokraten eine verhältnismäßig große Zahl von Abgeordneten sich an der Abstimmung nicht beteiligten.

Geschlossen stimmten für den Billigungsantrag die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayerische Volkspartei.

Dagegen stimmten ebenso geschlossen die Sozialdemokraten und die Kommunisten, ferner die beiden Zentrumsabgeordneten Dr. Birth und Imbusch.

Außer den Demokraten enthielten sich der Zentrumsabgeordnete Adam Röder und die Nationalsozialistische Partei der Stimme.

Es fehlten vom Zentrum: Dr. Busch, Diez-Baden (der Freund Erzbischofs), Geric, Giesberts, Groß, Hoffa, Hofmann-Ludwigshafen, Joos, Schlag, Donner, Frau Teusch und Trammel; von den Demokraten: Koresl, Lemmer, Schäding, Schuldt-Strögl, Wieland;

von den Deutschnationalen: Bazille, Hoehsch;

von der Volkspartei: Dr. Zapf;

von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Giewers;

von den Nationalsozialisten: Ludendorff, v. Kamin, Schröder-Meddenburg;

von den Kommunisten: Dengel, Münzberg, Kemmle, Schlagewert, Urbahn, Zetkin;

von den Sozialdemokraten: Frau Arming, Eggerstedt, Zeil, Jäger, Schirmer-Dresden, Schmidt-Reihen, Frau Siegemann.

Das sogenannte Vertrauensvotum, das die Regierung Luther gestern vom Reichstag programmäßig erhalten hat, beschränkt sich auf die Formel:

„Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“

Vor etwa zwei Jahren begann auch die Regierung Cuno ihre parlamentarische Existenz auf Grund der gleichen Billigungsformel. Die Spuren schreien. Damals hatte Herr Cuno, in dessen Kabinett allerdings kein Deutschnationaler saß, feierlich versprochen, die auswärtige Politik seines Vorgängers Birth fortzusetzen und hatte auf Grund dessen sogar die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion erhalten. Auch Herr Luther hat in seiner Erklärung feierlich versprochen, daß er die Außenpolitik seines Vorgängers Dr. Marx fortsetzen würde. Dismal aber sitzen Deutschnationale in der Regierung und deshalb wird es ihm einfach nicht geglaubt. Vor allem die Sozialdemokratie mußte es ablehnen, den Worten einer Regierung ihr Vertrauen zu schenken, deren personelle und parteipolitische Zusammensetzung im schroffsten Widerspruch zu allen Beteuerungen der Programmrede steht.

Es ist übrigens bezeichnend für die Schwäche dieser ersten ausgesprochenen Reichsbirodregierung, daß sie ihr Dasein einer so vorsichtigen Billigungsformel verdankt. Für eine weitergehende Vertrauenserklärung wäre die Zentrumsfraktion nicht zu haben gewesen. Jede Fraktion der Mehrheit dürfte übrigens die Billigungsformel verschieden auslegen. Das Zentrum stimmt dem Wortlaut der Regierungserklärung zu, weil es ja nach außen hin so tun will, als schenke es der Versicherung Glauben, daß die angekündigte Fortsetzung der Politik von Marx aufrichtig gemeint sei. Die Deutschnationalen hingegen dürften herzlich wenig Wert auf die Lutherischen Phrasen legen und um so größeren auf die Tatsache der Anwesenheit ihrer Vertrauensmänner Schiele, Schlieben und Neuhaus im Kabinett. Hätte Herr Dr. Luther wirklich dieselbe Programmrede gehalten, jedoch ohne diese deutschnationalen „Verbindungsmänner“ an die Futtertrappe gesetzt zu haben, dann hätten die Hergt und Genossen denselben oppositionellen Indianertanz aufgeführt wie unter Marx. Oder zweifelt jemand daran? Und wenn es parlamentarisch möglich gewesen wäre, über ein besonderes Vertrauensvotum für die Herren Schiele, Schlieben und Neuhaus abstimmen zu lassen, dann hätten zweifellos sämtliche Zentrumsmänner rote Reinfarben abgegeben.

So kann man wohl sagen, daß noch nie die einzelnen

Elemente einer Regierungsmehrheit so wenig innerlich miteinander verbunden waren, wie in diesem Fall. Das muß am allerbesten das Zentrum empfinden können. Es hat in den letzten Jahren wiederholt im Reich und in den Ländern an Koalitionen mit der Sozialdemokratie teilgenommen. Dabei kam es oft zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten, die sogar nicht immer überbrückt werden konnten, sondern zu Regierungskrisen führten. Aber selbst in diesen kritischen Augenblicken herrschte zwischen Ministern des Zentrums und der Sozialdemokratie und zwischen den beiden Fraktionen ein hohes Maß von gegenseitigem kollegialen Vertrauen, von gegenseitiger persönlicher Achtung. Können die jetzigen Mitglieder der Zentrumsmehrheit, die gestern mit „Ja“ gestimmt haben, das gleiche von ihrem Verhältnis zu der neuen Regierung behaupten?

So wenig man gestern im Reichstag über das Bruttoergebnis der Abstimmung im Zweifel sein konnte, so sehr war man darauf gespannt, welches Kräfteverhältnis im Zentrum die Abstimmung einhüllen würde. Es hat sich dabei gezeigt, daß der linke Flügel nicht ganz 15 Abgeordnete zählt, und zwar ungefähr dieselben, die bereits im Oktober durch ihren Widerstand die damaligen Bürgerblockpläne zum Scheitern gebracht hatten. Dr. Marx allerdings, der damals zu dem Fühlerin der dreizehn Ausreichten zählte, hat gestern mit der Mehrheit gestimmt. Wie er innerlich zu dieser Regierung steht, welches Maß von Vertrauen er seinen Kollegen von gestern entgegenbringt, die ihn nach monatelanger Maulwurfsarbeit gestützt haben, das kann sich wohl ein jeder denken. Indessen wäre es außenpolitisch für Dr. Luther der Todesstoß gewesen, wenn Marx, der sich im Gegensatz zu Stresemann und Luther im Ausland hoher Verehrung und größten Vertrauens erfreut, seinem Nachfolger die Partur verjagt hätte. Zu einem positiven „Nein“ haben sich nur zwei Mitglieder der Zentrumsfraktion durchgerungen: Dr.

Joseph Birth, der es öffentlich angekündigt hatte, und der christliche Bergarbeiterführer Imbusch. Die Reinkarie des letzteren ist von besonderer politischer Bedeutung, denn sie beweist, welche tiefe Groll in den Reihen der christlichen Arbeiterschaft Westdeutschlands gegen den Rechtsblock herrscht. Von den elf anderen Zentrumsabgeordneten, die nicht für die Regierung gestimmt haben, waren wohl die allermeisten anwesend, sie haben aber Stimmenthaltung durch Verlassen des Saales geübt. Es sind zumeist gleichfalls Arbeiterführer, z. B. Giesberts und Joos. Wenn die Zentrumsparlei morgen eine Urabstimmung unter ihren Wählern über die gestrige Entscheidung veranstalten würde, kein Zweifel daran, daß die große Mehrheit zu Birth und Imbusch und nicht zu Röckner und Stegerwald stehen würde.

Die Stellung des linken Flügels der Zentrumsparlei war allerdings durch den Umstand nicht unwesentlich erschwert worden, daß die demokratische Fraktion eine Haltung einnahm, die zweifellos für die große Masse derer, die am 7. Dezember demokratisch gestimmt haben, eine Enttäuschung sein dürfte. Die etwas schwache Rede ihres Führers Koch am Mittwoch, das Frage- und Antwortspiel mit dem Reichskanzler, das allzu sehr wie eine abgemachte Sache aussah, ließ allerdings den Beschluß ahnen, den die demokratische Fraktion am Donnerstagmittag faßte, nämlich Stimmenthaltung zu üben. Eine erhebliche Minderheit soll zwar energisch für eine positive Verweigerung des Vertrauens plädiert haben, aber sie drang nicht durch, vielmehr drückte die Mehrheit sogar den Fraktionsschwarm durch. Dieser Beschluß wird allerdings von demokratischen Blättern heftig angegriffen, die auf das Beispiel des Zentrums verweisen, das seinen Mitgliedern völlig freie Hand gelassen hatte. Es wird erzählt, daß für die Mehrheit der Demokraten die Erwägung mitbestimmend gewesen sei, daß ein Misstrauensvotum durch die demokratische Fraktion möglicherweise zu

Rechtsregierung und Verfassung.

Aushöhlung der Republik nach bayerischem Vorbild.

Das Reichskabinett hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß die Staatsform nicht geändert werden solle. Das Kabinett Luther-Schiele-Neuhaus hat sich demnach in einer seiner ersten Sitzungen mit der Frage der Staatsform und den Verfassungsfragen beschäftigt. Es war für die neue Regierung nicht ohne weiteres selbstverständliche Tatsache, daß die Staatsform des deutschen Volkes die Republik ist. Es gab für sie eine Frage nach der Staatsform, es gab für sie ein Problem, wo es für sie nur eine unantastbare Selbstverständlichkeit geben durfte. An dieser Feststellung ändert der materielle einstimmige Beschluß des Kabinetts nichts.

Ist für diese Regierung, in der zum mindesten vier grundsätzliche Monarchisten sitzen, die republikanische Staatsform schon problematisch, so liegt die Vermutung nahe, daß die demokratisch-parlamentarische Verfassung mit starker Zentralgewalt dieser Regierung noch problematischer ist. Herr Luther hat in seiner Regierungserklärung die Verfassungsfrage — wenn auch sehr vorsichtig formuliert — angeschnitten. Im Hinblick auf den Beschluß über die Staatsform fragen wir die neue Regierung: hat sie auch Beschlüsse über die Verfassungsfragen gefaßt, und wie lauten diese Beschlüsse?

Diese Frage ist notwendig. Der neue Reichsinnenminister, der Deutschnationale Herr Schiele, ein Monarchist, hat gestern den Reichsrat mit folgenden Worten begrüßt:

„Gestatten Sie auch mir einige kurze Worte am Eingang meiner Tätigkeit. Die Aufgaben, die mir hier zu erfüllen haben, liegen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und zum Teil auch auf dem Gebiete der Exekutive, aber über diese Tagesfragen, so wichtig und grundlegend sie sein mögen, ragt der vom Reichskanzler in der Regierungserklärung und auf der anderen Seite von dem Vertreter von Preußen faeben betonte Gedanke, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Reich und den Ländern so herzlich und innig gestaltet werden möchte wie nur möglich.“

Die Kräfte, die einst das Reich geschaffen haben, sollen im Eigenleben der Länder, so verstand ich den Vorredner, gestützt und gestärkt werden. Es ist dankbar zu begrüßen, daß eine Anregung seitens der bayerischen Regierung nach dieser Richtung hin vor Jahresfrist gegeben worden ist, und in dieser bayerischen Denkschrift ist besonders hervorgehoben, daß der Persönlichkeitscharakter eines Staates, und das ist ja eine der Kräfte, die das Reich geschaffen

haben, möglichst gepflegt werden solle. Aus der Gestaltung der Persönlichkeit heraus wird die Kraft für die Entwicklung eines Staates überhaupt geboren, und so hoffe ich, daß unsere Verhandlungen hier von diesem einheitlichen Gedanken getragen werden, der am letzten Ende der erste und waterländische ist.“

In diesen wenigen Sätzen lehren die Gedankengänge der Denkschrift wieder, die am 4. Januar 1924 der Reichsregierung von der bayerischen Regierung feierlich übergeben wurde, ohne daß die bayerische Volksvertretung von dem Inhalt der Denkschrift unterrichtet war.

Diese Denkschrift bestritt — wenn auch in vorsichtiger Form — die Rechtsgrundlage der Weimarer Verfassung. Sie bezeichnete das Verfassungswerk von Weimar als verfehlt und behauptete, daß die Weimarer Verfassung nicht dem wirklichen Volkswillen entspreche. Sie gipelte in dem Schrei nach dem „angestammten Herrscherhaus“. Das ist die Anregung, die der Monarchist und Deutschnationale Schiele als Reichsinnenminister vor dem Reichsrat „dankbar begrüßt“!

Die praktischen Forderungen dieser Denkschrift waren: Rückkehr zum Bundesstaatsystem, zum Ende der deutschen Zerrissenheit, Schwächung des Reichstages gegenüber dem Reichsrat, Einschränkung des Reichsrats auf die Ausführung der Reichsgesetze und die allgemeine Reichsverwaltung.

Wir fragen: hat das Reichskabinett Beschlüsse gefaßt, die den Reichsinnenminister Schiele berechtigen, diese bayerische Denkschrift vor dem Reichsrat zu begrüßen? Entspricht diese Haltung den Richtlinien der Politik, die der Reichskanzler zu bestimmen und zu verantworten hat?

Die Ausführungen Schiele sind ein Kommentar zu dem einstimmigen Beschluß des Reichskabinetts, daß die Staatsform nicht geändert werden solle. Sie besagen, daß die Regierung Luther die Staatsform zwar nicht ändern, aber durch Aenderung der Verfassung so von innen heraus aushöhlen will, daß sich ein Zustand ergibt, bei dem eine Aenderung der Staatsform sich erübrigt. Sie zeigen, wie die Deutschnationalen ihre Stellung in der Regierung ausnützen wollen.

Diese Regierung, in der vier grundsätzliche Monarchisten sitzen, will die Republik von innen heraus unterwühlen!

einem Rücktritt Geßlers und zu einer Neuöffnung der Regierungskrise geführt hätte. Wir glauben zwar nicht, daß Dr. Geßler so empfindlich gewesen wäre, aber die Tatsache allein, daß derartige Erwägungen heutzutage eine Rolle spielen, ist für die Bruchigkeit der ganzen Lutherischen Regierung bezeichnend.

Wie sieht es überhaupt mit dieser Mehrheit der ersten ausgesprochenen Rechtsblockregierung Deutschlands aus? Nimmt man die Abstimmungsziffern zur Hand, so kommt man zu dem spärlichen Ergebnis, daß selbst inklusive der vielen Zentrumsleute, die im Sinne der Fehrenbachschen Erklärung nur mit stärkstem Widerwillen die Programmrede Luthers gebilligt haben, die Regierungsmehrheit gar keine Mehrheit ist, der Reichstag zählt 493 Abgeordnete und es haben nur 246, also nicht ganz die Hälfte, mit Ja gestimmt! Das ist also die „starke Regierung der Tat“ derethalten die Rechtsparteien seit Monaten intrigierten und tobten, bis ihnen endlich der Rücktritt von Marx recht zu geben schien! Uns will es scheinen, als würden sich die Rechtsparteien dieses „Siegess“ nicht lange zu erfreuen haben. Der „Triumphator“ in diesem Kampf um den Bürgerblock war jedenfalls in diesen letzten Tagen von einer Zurückhaltung und Schweigensart, an die man sonst bei ihm nicht gewöhnt ist: Herr Stresemann hat zwischen Montag und Donnerstagabend nicht ein Wort gesprochen, obwohl er sich während der Breitscheidtschen Rede eifrig Rollen gemacht hatte. Abgesehen von Luther hat überhaupt kein Mitglied des Kabinetts in diesen vier Tagen das Wort ergriffen. Befürchtete etwa der Reichskanzler, daß, wenn er den einen oder den anderen seiner Mitarbeiter zur Beantwortung einer Spezialfrage vorschicken würde, sofort ein großes Unglück passieren könnte?

Die Regierung Marx hätte zwar formell keine parlamentarische Mehrheit hinter sich gehabt, aber sie wäre politisch, namentlich nach außen, unendlich viel stärker gewesen als diese Regierung Luther. Letztere hat zwar formell eine Mehrheit über eine vage Billigungsformel erhalten, aber sie trägt alle Merkmale der Schwäche und des schlechten Gewissens. Sogar der sonst so redseligste Stresemann scheint sich seines Kindes etwas zu schämen...

Die Republik wehrt sich.

Gehzeitungen nicht mehr Amisbätter.

Innenminister Gen. Severing hat den Potsdamer Regierungspräsidenten angewiesen, dem Potsdamer Volkspräsidenten und den Amtsvorstehern zu verbieten, weiterhin amtliche Bekanntmachungen gegen Verletzung in der „Potsdamer Tageszeitung“ erscheinen zu lassen. Hierdurch wird ein Vertrag zwischen dem Potsdamer Volkspräsidenten und der „Tageszeitung“, auf Grund dessen in Ermangelung eines amtlichen Publikationsorgans für den Potsdamer Volksbezirk die Zeitung diese Stelle vertritt, außer Kraft gesetzt. Die amtlichen Bekanntmachungen sollen jetzt durch das „Potsdamer Volksblatt“ erfolgen.

Disziplinarverfahren gegen den Prorektor der Universität Greifswald.

Stettin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der durchgefallene Spitzenkandidat der Völkischen Bewegung bei der letzten Reichstagswahl, Professor Bahlen, Prorektor der Universität Greifswald, ist jetzt vorläufig seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn angeordnet worden. Der Grund zu diesem Vorgehen gegen Professor Bahlen ist zunächst in seiner Rede in der Stadthalle von Greifswald zu suchen, in der er sich schwere Beleidigungen seiner republikanischen Kollegen von der hiesigen Universität und des Reichspräsidenten erlaubte und die völkischen Studenten wegen ihres bewaffneten Auftrugs am 4. August vorigen Jahres öffentlich lobte. Ein weiterer Grund zum Einschreiten wird darin gesehen, daß Bahlen am Verfassungskongress entgegen der ministeriellen Anordnung

Abwege.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Die gemischten Chöre klingen darüber, offen und verstreut, daß sie kaum mehr imstande sind, zu konzertieren. Die Unkosten der großen, öffentlichen Aufführungen sind maßlos gewachsen, und der Zug nach dem Kino, den Sportplätzen, Varietés ist so stark geworden, daß nicht einmal mehr innerlich viel Platz blieb für die Beschäftigung mit ernster oratorischer Musik. So verfallen in letzter Zeit Chordirigenten oft dem aus Not geborenen Einfall, ihr Instrument an einen der in Berlin gezeigten Orchesterdirigenten abzugeben. Nur durch die Sensation eines berühmten und klügelten Namens ist es anscheinend noch möglich, Sätze zu füllen. Wer würde es wagen, nach 50 Jahren heute auf das Programm zu setzen? Der Berliner Generalmusikdirektor Erich Kleiber darf es, weil er als Persönlichkeit eine außerordentliche, auch berechtigteste Zugkraft darstellt. Ob es eine Aufgabe für ihn ist, ein bequemeres Musikwerk, das ihm andere Choristen einstudiert haben, festlich zu dirigieren, ist eine andere Frage, und zweifellos fügen die Leiter gemischter Chöre sich selbst einen großen Schaden zu, wenn sie zu solchen Verleihgeschäften ihre Hand bieten. Ein Chor ist nur lebensfähig durch den Kontakt zwischen dem ständigen Dirigenten und seinen Leuten. Wird das zur Gewohnheit, daß die Chordirigenten den Erfolg ihres monatelangen und jahrelangen Studierens an die Dirigenten der Zeit abgeben, so stürzen sie von der Höhe selbstsicherer Künstler mit spezifischer Erzieherbegabung herab zu der Position von Handlangern. Diese, hoffentlich nur durch die schlechten Zeitverhältnisse bedingte Methode erinnert sehr lebhaft an die früheren Tugenden der Duodezisten. Man trieb der Durchlaucht ein besonders schönes Tier auf 100 Meier Entfernung zu, hielt ihr das Gewehr und ließ abdrücken. So konnte der Fürst, als hervorragender Waldmann gepriesen, die schönsten Böcke schießen. Wir wollen dafür sorgen, daß solche abgelebtes Spiel nicht in der Musik wiederkehrt. Jeder hätte zu dem, was er sich selbst geschaffen, jeder Schritte auf dem Weg vorwärts, den ihm sein eigenes Talent, sein Will und seine Arbeitsdebe vor schreibt. Keine Abwege!

Das Berliner Sinfonieorchester macht eine Entwicklung zum guten Glück. Bedauerlich, daß der Anspruch zu den populärsten Abenden noch ein so geringer ist. Bisher ist daran die Lage des Bühnen-Saales schuld, und das Orchester sollte es sich wirklich überlegen, ob es für die regelmäßigen Sonntagskonzerte nicht einen Spielort wählt, der etwas abseits von der hässlichen Welt Berlin's liegt. Der neue Kapellmeister Julius Kopsch hat in den Jahren seiner Oldenburger Tätigkeit viel gelernt. Es behält höchst sympathisch, daß er jedes Schema, jeden Sinfoniedrian zu hassen scheint, ja, daß er versucht, jedem Teilchen, jeder Periode eine gewisse Bedeutung zu geben. Er phrasiert und nuanciert sehr fein und weiß einem Werk, wie etwa „Tod und Verklärung“ von Strauss, großen Schwingung zu geben. Im ganzen tritt seine Leidenschaft, ein Orchester von Kultur zu erzielen, deutlich hervor. Dabei braucht man sich nicht zu verhehlen, daß er selbst noch weit entfernt ist von einem großen Dirigenten. Das Unbedeute seiner Bewegungen, vor allem das Leerlaufen seiner linken Hand stören die Möglichkeit tiefgehender Eindringlichkeit noch empfindlich. Er wird ruhiger, elastischer werden

die auf dem Universitätsgebäude aufgezogene Flagge niederholen ließ. Daneben laufen allerdings noch Klagen gegen diese Leuchte, der Wissenschaft wegen seiner ungemein niedrigen Agitation in der Dezember-Wahlbewegung.

Das andere Gesicht.

Deutschnationales, altzu Deutschnationales.

Der Deutschnationale Kreisverein Hamburg-Hohenselde hat vor kurzem eine Entschliessung „zur Weiterleitung an die Hauptparteileitung in Berlin und die Fraktion“ gefaßt, die verdient, der weitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden, da sie den Vorzug der Offenheit hat. Die Hamburger Deutschnationalen verlangen von der Parteileitung, die sofortigen Rücktritt des sozialdemokratischen Reichspräsidenten zu erzwingen, eine Klarstellung der Kriegsschuldfrage, die Einstellung aller Reparationszahlungen und Kriegsschuldlieferungen, die Kündigung des Versailler Friedensvertrags, Rückforderung von 99% Proz. des zwölften Beileisten, Rückgabe aller geraubten Gebiete, Herstellung einer achtunggebietenden Schutz- und Heeresmacht. Ein wenig viel auf einmal! Was sagen die Herren von der Parteileitung, was sagen die Herren Schiele, Neuhaus und v. Schlieben dazu? Auch nur eine Entgegnung, wie die des Herrn Gottseidank im Reichstag? Wampe scheint auf die Politik der Deutschnationalen nach wie vor einen hervorragenden Einfluß auszuüben.

Die Opposition im Zentrum.

Köln, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Opposition der Kölner Zentrumsarbeiter scheint mit der Konferenz des rheinischen Provinzialausschusses der Zentrumspartei, in der der bisherige Reichskanzler Marx sprach, nicht gedämpft worden zu sein. Der Arbeiterbeirat der Kölner Zentrumspartei hat für kommenden Sonntagabend zu einer neuen Versammlung eingeladen. In ihr spricht der politische Redakteur des offiziellen Kölner Zentrumsorgans, der „Rheinischen Volkswacht“, über „Zentrum, Reichs- und Preußenpolitik“. Das Blatt hat befalls in den letzten Tagen sehr scharf die Entscheidung der Reichstagsfraktion des Zentrums in der Regierungsbildung kritisiert. In der Versammlung nehmen auch die Kölner Arbeiter-Abgeordneten des Zentrums im Reichs- und Landtag teil.

Das geheimnisvolle Gutachten.

Und ein unverständliches Urteil.

Leipzig, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag fand vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Leipzig unter Vorsitz des aus dem Zeigner-Prozess bekannten reaktionären Landgerichtsdirektor Maszkowski die Berufungsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Ernst Frenzel, statt. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Dr. Paul Peol, Berlin. Wegen einer Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Mai 1924, die einen Auszug aus der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt in der Landtagsessung vom 22. Mai 1924 enthielt und die überschrieben war: „Reichswehrminister Geßler und die Geheimverbände“, hatte das Schöffengericht Leipzig im Oktober v. J. den Genossen Frenzel zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen wurde Berufung eingelegt, die am Donnerstag zur Verhandlung kam. Staatsanwalt Dr. Burschlager beantragte, die Festsetzung aufzuheben und in eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten umzuwandeln. Das Gericht verurteilte den Genossen Frenzel wegen Vergehen nach §§ 17, 18 des Pressegesetzes zu vier Monaten Gefängnis und den Kosten.

Dieses Urteil reißt sich würdig den zahlreichen anderen an, die darauf abgestellt sind, die sozialdemokratische Presse mundtot zu machen! Was ist die ehrlose Handlung, die der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ begangen haben soll und die nur mit Gefängnis gesühnt werden kann? Unser Leipziger Parteiblatt hat aus einer Landtagsrede den Wortlaut des Gutachtens veröffentlicht, den das Reichswehrministerium in einem

Landesverratsverfahren erstattet hatte und das wirklich geeignet war, das Licht der Öffentlichkeit scheuen zu müssen. Nun besagt zwar Artikel 30 der Reichsverfassung, daß wahrheitsgemäße Berichte über die Verhandlungen des Reichstages oder der Landesparlamente in der Presse abgedruckt werden können, ohne daß deshalb eine strafrechtliche Verfolgung eintreten dürfte. Aber die Strafkammer in Leipzig hat sich nur an den § 7 des Pressegesetzes gehalten, der folgenden Wortlaut hat:

Die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses dürfen durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, als bis dieselben in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat.

Für einen solchen vorzeitigen Abdruck droht der § 13 des Pressegesetzes Geldstrafe bis zu 1000 M. oder Haft oder Gefängnis bis zu sechs Monaten an. Das Gericht hat augenscheinlich angenommen, daß die freistellende Bestimmung für einen Auszug aus einer Parlamentsrede nicht gelte und deshalb sein Urteil gefällt. Das ist, wenn eine Berufung überhaupt eintritt, eine Geldstrafe bis zu 1000 M. für ausreichend gehalten hätte, darf man bei den sachlichen Richtern nicht erwarten. Aber das ist auch die wohlweise zugelassene Haftstrafe durch Gefängnis erstreckt und dabei fast bis an die Grenze des Höchstmöglichen herangegangen, zeugt von einer geradezu bössartigen Ablicht, den Sozialdemokraten zu treffen und den Stresemann-Müller'schen Belagerungszustand noch nachträglich mit allen Mitteln der Rechtsprechung zu sanktionieren. Daß die Justiz durch solche Urteile sich nur selbst schädigt, das zu begreifen kann man freilich von deutschen Richtern noch immer nicht erwarten.

Der Weimarer Urkundenprozeß.

Die Zeugen rechtfertigen die Praxis des Gen. Hermann, der Staatsanwalt hält die Strafe aufrecht.

Weimar, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Berufungsprozeß des ehemalsigen thüringischen Innenministers Genossen Hermann ging dieser am Donnerstag auf die Beschuldigung ein, die Akten im Fall Kopp beiseite zu haben. Es handelte sich um einige Akten gegen den früheren Rotterungsrat Kopf, die von ihm gefordert aufbewahrt wurden, da es sich um Beschwerden handelte, die nicht ohne weiteres den Personalakten einverleibt werden konnten.

Obwohl Hermann in dieser Angelegenheit in erster Instanz freigesprochen worden war, legte die Staatsanwaltschaft, anscheinend auf höhere Weisung, besonderes Gewicht auf nachmalige Aufrollung der ganzen Angelegenheit. Doch wurde dieses Verfahren schließlich nach ausgiebiger Ausforschung zwischen Verteidigung und Oberstaatsanwaltschaft abgetrennt.

Von den Zeugen machte Ministerialrat Dr. Jahn bemerkenswerte Ausführungen. Eine Urkunde sei nicht als gefälscht anzusehen, wenn sie an einem anderen Tage als dem der Zeichnung ausgestellt worden sei. Die Vorschriften der Geschäftsordnung des Ministeriums über Datierung von Urkunden sei überhaupt nur für den inneren Dienst bestimmt. Die so vorgenommenen Datierungen sollen keineswegs für die Unterzeichnung der Urkunde an dem angegebenen Tage die Autorität öffentlichen Glaubens erbringen.

Der als Sachverständige geladene Ministerialrat Brandt aus dem preussischen Innenministerium ergänzte diese Ausführungen. Die Richtlinien der Geschäftsordnung eines Ministeriums seien nicht rechtsverbindlich, insbesondere könne der Minister selbst jederzeit von ihnen abweichen. Selbstverständlich könne der Minister und der Staatssekretär auch selbst Entwürfe entwerfen und ohne den üblichen Weg zur endgültigen Regelung bringen. Er hoffe es zwar nicht ganz korrekt, wenn das Ministeriumsdekret und die tatsächliche Unterschriftleistung in einem Aktenstück nicht übereinstimmen, doch seien derartige Fälle im Reich und in den Ländern aus alter und neuer Zeit zahlreich bekannt.

In einem einstündigen Plädoyer legte der Oberstaatsanwalt seine Auffassung dar und beantragte für die Angeklagten die gleichen Strafen wie in der ersten Verhandlung. Er begründete seinen Antrag genau wie damals: Aufstellungsurkunden stellen eine erhebliche rechtliche Tatsache dar, und hielt den Nachweis für erbracht, daß eine förmliche Beurkundung erfolgt sei. Er wolle deshalb gegen Hermann 1½ Monate Gefängnis, gegen Kurze 1 Jahr

Drücken des Tones. Es mag sein, daß die Stimme sich auf dem Wege von einem Rezzo Sopran zu einem Sopran befindet. Dieses wunderschöne Organ einer wunderschönen Frau zu pflegen, muß die lohnende Aufgabe eines großen Pädagogen sein, und es wäre schade, wenn an der harmonischen Entwicklung bis zur allerletzten Reife irgend etwas gefehlt würde. Die uraufgeführten Lieder von Max Häfelin erwiesen eine für das Volksliedmäßige und Vornehmheit prädestinierte, unauffällig melodisch schaffende Begabung.

Die Halbtotgeburt.

Von Nicodemus Nintepinke.

Hurra, der Kind, — et lebt!
Et is nur'n bisken schwach uff de Brust,
Und wenn et doch althmatisch puff
Ober spährlich schwebt —
Et lebt!

Ru ja, der Kind hat 'n Wassertopp,
Un mit de Dogen schneit et nach rechts,
Un denn is et doch schlichlich Gesichts;
Un et hat de Schwindhucht im Galopp
Tip Top!

Ru ja, de Beene sind 'n bisken O,
Un uff de Dogen is et blind,
Aber sonst is et 'n schone Kind,
Et hat bloß keen richtigen Po
Un ja.

Ru ja, et is doch sonst noch defekt,
Et kann keenen Wind von links vertragen,
Un et hat doch eenen sehr schwachen Dogen,
Un 'nen Hirnschwund dem se doch schon entdeckt,
Wenn't bloß nich verredet!

Ru ja, so is det!
Un darum woll'n wir'n Sorg erwerben,
Denn son Kindelken kann plötslich sterben,
Un denn schreiben wir uff'n Eichenbrett:
„Hier ruht das Luther-Kabinett!“

Noch immer Synd-Justiz in USA. Bei einem Streit zwischen einem Weizen und einem fünfzehnjährigen Regentnaben waren beide verletzt worden, der Regentnabe so sehr, daß er ins Hospital gebracht werden mußte. Ohne das gerichtliche Verfahren abzuwarten, holte nun eine Anzahl von Männern den Regentnaben aus dem Hospital heraus und — hängte ihn einfach auf! So geschah in der Stadt Nashville im Jahre 1925!

Der Historiker Frobenius hat die Rettung des Afrikaarchivs und des Instituts für Kulturmorphologie in Frankfurt a. M. übernommen und wird am 4. Februar seine Initiationsrede an der Universität halten.

Einem Weltwettbewerb für Weibchen steht der Verein für Deutsche Kulturarbeit, Feldmarkstr. 3, München vor. Für Preise bis 1275 M. für Ankäufe 500 M. ausgesetzt. Einleitung bis 22. Februar d. J. Bedingungen kostenlos durch den Verein.

6 Monate Gefängnis und gegen die angeklagten Kreisdirektoren die alten Strafanträge erheben. Da nicht erwiesen sei, daß die Angeklagten aus unläuterer Motive behandelt hätten, seien die Gefängnisstrafen, ausgenommen bei Runge, in Geldstrafen umzuwandeln.

Die Verteidigung verwies auf die politischen Verhältnisse während der Regierungszeit Hermanns. Es könne dem Innenminister nicht zugemutet werden, sich um derartige Kleinigkeiten zu kümmern. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, daß die Geschäftsordnung ein festes Datum bei Anstellungsurkunden gefordert habe. Er beantragte die Freisprechung.

Das Urteil wird Freitag nachmittag verkündet werden.

Der Hamburger Putsch vor Gericht.

Der mißglückte Kommunistenaufruf im Oktober 1923.

Hamburg, 22. Januar (Eigener Drahtbericht.) Vor der Strafkammer des Hamburger Landgerichts begann am Donnerstag vormittag der Prozeß gegen eine Reihe bekannter Hamburger Kommunisten, die sich als Führer des Kommunistenputsches im Oktober 1923 zu verantworten haben. Angeklagt sind u. a. der Parteiführer und frühere Lehrer Urbahn (R. d. N.), der Anzeigler Kahl, der Staatsangestellte Beug, der Gastwirt Karl Köppen, die Redakteure Hermann Jensen und Richard Schabbe und der Tischler Christian Frehde. Urbahn wird beschuldigt, durch Vorbereitung und leitende Beteiligung an dem hochverräterischen Hamburger Aufruf die Verfassung des Deutschen Reichs und des Staates Hamburg verstoßen zu haben und durch Vermittlung und Beförderung von Nachrichten der damals verbottenen KPD. Vorschub geleistet zu haben. Die Angeklagten Jensen, Schabbe, Frehde, Kahl, Köppen und Beug werden ebenfalls des Hochverrats beschuldigt.

Ueber die Vorgeschichte und über den Ausbruch des Putsches ist folgendes ermittelt: Während bis zum Juli 1923 die KPD. in wesentlichen propagandistisch auf den gewalttätigen Sturz der Regierung hingearbeitet hatte, wurde nach dem politischen Rassenstreik im Juli 1923 der gesamte Parteiparat auf die militärische Organisation und Mobilisierung der Massen eingestellt. Von der Zentrale der KPD. war der Termin zum Losschlagen auf die erste Hälfte des November 1923 festgesetzt worden. Infolge des drohenden Einmarsches der Reichswehr in Sachsen verlegte die KPD. aber den Kampfbeginn auf Oktober 1923 zurück und übermittelte entsprechende Befehle.

Demgemäß brach am 23. Oktober der Kampf in Hamburg aus, nachdem am Tage vorher bekannt geworden war, daß die Reichswehr in Sachsen einmarschiert sei. Inzwischen hatte jedoch die KPD. eine Konferenz nach Chemnitz einberufen, die sich ursprünglich nur mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Sachsen befassen sollte. Erst in der Nacht vorher wurde beschloffen, auf dieser Konferenz das Losschlagen im ganzen Reich zur Entscheidung zu bringen. Deshalb wurden die Leiter und Führer aller größeren Orte nach Chemnitz berufen. Hamburg erhielt diese Einladung so spät, daß seine Vertreter, unter ihnen Urbahn, nicht mehr rechtzeitig zur Konferenz erscheinen konnten. Da auf dieser Konferenz keinerlei Stimmung für die sofortige Aufnahme des Kampfes vorhanden war, wurden alle Anträge auf Proklamierung des Generalstreiks und Kampfbegins zurückgestellt und von der Zentrale nach im Laufe des 22. Oktober veränderte Befehle an die Bezirke und Ortsgruppen abgeandt. Der Kurier, der die veränderten Befehle nach Hamburg bringen sollte, kam aber einige Stunden zu spät. Bereits in der Frühe des 23. Oktober hatte der Kampf in Hamburg mit Erstürmung einiger Volkshäuser begonnen.

Der Hauptangeklagte Urbahn hat bisher erklärt, dem Ausbruch des Aufstandes am Morgen des 23. Oktober fernzusehen. Er will der Ansicht gewesen sein, daß das Unternehmen zwecklos war und sich bemüht haben, abzuwägen.

Die Verhandlung begann kurz vor 10 Uhr. Der Vorsitzende teilte mit, daß die ersten Zeugen für Donnerstag nächster Woche geladen sind. Trotzdem täglich von 9½ bis 4½ Uhr mit einer kurzen Mittagspause getagt werden soll, wird eine ganze Woche mit der Vernehmung der Angeklagten und mit der Verlesung einer Menge kommunistischer Literatur und 26 Zeitartikeln der „Hamburger Volkszeitung“ ausgefüllt werden. Zunächst wird der Angeklagte Jensen vernommen. Er erklärt, daß die Politik der KPD. im Jahre 1923 durchaus nicht in den Oktoberkampf ausmünden mußte. Sie bezweckte vielmehr die Verteidigung der Republik gegen die Reaktion, in Verbindung mit dem proletarischen Machtkampf. Im übrigen bekannte er sich zur Anwendung von Gewalt, hielt aber damals mit vielen Mitgliedern der KPD. die Dinge noch nicht real. Von den Vorbereitungen und dem bevorstehenden Ausbruch des Kampfes will er nichts gewußt haben, da dies nicht zu seinem „Reffort“ gehört habe.

Nach der Mittagspause wurde der Redakteur Schabbe vernommen, der erklärte, nur als Redakteur verantwortlich zu sein, aber nicht für den Oktoberputsch. Dann erfolgte die Vernehmung des Hauptangeklagten Urbahn. Er gab zunächst ein Bild von seiner Entlohnung vom einfachen Bauernsohn über die Ausbildung auf einem preußischen Lehrerseminar und eine Kriegsfreiwilligenzeit bis zu dem — wie er sagte — „Berufsrevolutionär“ unter Aufgabe seines Lehrerberufes. Für das, was ihm zur Last gelegt werde, sei er bereit, die politische Verantwortung restlos zu übernehmen. In einem längeren Vortrag verurteilte er das Vorgehen der Kommunisten, den Staat gewalttätig zu stürzen, zu rechtfertigen.

Nach 2½stündigen Ausführungen wird Urbahn von dem Vorsitzenden mit der Frage unterbrochen, ob er noch längere Zeit zu sprechen gedenke. Als Urbahn das bejaht, wurden die Verhandlungen auf Freitagmorgen vertagt.

Der Magdeburger Prozeß.

Berufungsverhandlung am 17. Februar.

Magdeburg, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am 17. Februar beginnt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Magdeburg die Berufungsverhandlung im Prozeß wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Rudolph; als Beisitzer fungieren Landrichter Kölling und ein noch nicht bestimmter weiterer Richter. Die Dauer der Verhandlungen ist noch unbestimmt.

Die Wünsche der Auslandsdeutschen.

Empfang beim Reichspräsidenten.

Das Präsidium des Bundes der Auslandsdeutschen erzielte am Donnerstag in Begleitung des Reichstagspräsidenten Löbe beim Reichspräsidenten Ebert, um dessen Unterstützung für die gerechte Erledigung der Entschädigungsansprüche und für die Förderung der Bemühungen des Bundes, eine organisierte Verbindung der Reichsdeutschen im Auslande und ihre Verbindung mit der Heimat herbeizuführen, zu erbitten.

Der Reichspräsident ging im einzelnen auf die von Geheimrat Grassie vorgebrachten Wünsche ein, erläuterte die Hindernisse, die der Erfüllung vieler Wünsche der Geschädigten in den letzten Jahren im Wege standen, und sagte Prüfung und Unterstützung der berechtigten Beschwerden und Wünsche zu. Die Vorsitzenden des Bundes sprachen dem Reichspräsidenten für seine bisherige Unterstützung ihren Dank aus.

Krise bei den Königsmachern.

München, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen „Heimat- und Königsbund“, der vor einigen Jahren von Dr. Heim gegründet wurde mit dem Ziel, ein sogenanntes liberparteiliches Sammelbecken aller Freunde der Wittelsbacher zu sein, ist eine Krise ausgebrochen. Sie wurde hervorgerufen durch denselben Dr. Heim, der, seit seine Gesundheit wiederhergestellt ist, unablässig daran arbeitet, den ihm im Bund verlorengegangenen maßgebenden Einfluß wieder zu erlangen. Die seit einigen Wochen in der Öffentlichkeit ausgefochtenen internen Streitigkeiten, deren tiefere Ursachen dabei nicht zutage getreten sind, haben nunmehr dazu geführt, daß der bisherige Landesleiter Kanzler von seinem Amt zurücktritt, um einer Landeskonferenz des Bundes freie Hand in der Wahl des Landesvorstandes zu lassen. Obergesamter Kanzler gehörte einstmals zu den Vertretern des Ministerpräsidenten Kahr und war immer einer der einflussreichsten Aktivist der bayerischen Reaktion. Auch in der bayerischen Einwohnerwehr spielte er eine führende Rolle als betriebsamer Verbindungsmann zu den Tiroler Heimatwehren und nach Horthy-Ungarn. Später gehörte er auch zu den engeren politischen Beratern Rupprechts von Wittelsbach, wurde aber vor einiger Zeit von diesem abgestößt.

Fall Kiefer und Ministerium des Innern.

Wieder eine entlarvte Verleumdung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst hatte bereits die unbedruckten Angriffe der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ zurückgewiesen, mit denen dem Ministerium des Innern Beziehungen zu einem dänischen Zeitungspartei Kiefer und ein auffälliges Eingreifen zu dessen Gunsten nachgesagt wurde. Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ hat gegenüber dem Amtlichen Preussischen Pressedienst ihre Behauptung aufrecht erhalten und dem Minister den Klageweg vorgeschlagen. Minister Severing hat daher in seiner Landtagsrede am Mittwoch noch einmal mit aller Entschiedenheit erklärt, daß er und sein Ministerium mit Kiefer nicht das mindeste zu tun gehabt hätten. Er legte zum Beweis für diese Erklärung die von ihm auf Grund der Pressenotizen angeforderten Akten Kiefer des Polizeipräsidiums auf den Tisch des Hauses nieder. Es hat nunmehr jeder Abgeordnete des Landtags, und es haben damit natürlich auch die der deutschvölkischen „Bergisch-Märkischen Zeitung“ nahe stehenden Abgeordneten das Recht, diese Akten einzusehen und sich — schneller als auf dem Wege der Anrufung des Gerichts — davon zu überzeugen, daß die „Bergisch-Märkische Zeitung“ eine unwahre Behauptung verbreitet hat.

Gegen die kommunistischen Verleumder.

Klage gegen die „Rote Fahne“.

Anlässlich des Offenen Briefes der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands an Ben Tillet, der vor einigen Wochen auch in der deutschen Parteipresse veröffentlicht wurde, hatte die „Rote Fahne“ unter der Überschrift „Die bezahlten Schurken gegen Ben Tillet“ u. a. geschrieben: „Das seit Jahren nachgewiesenermaßen vom internationalen Kapital ausgehaltene konterrevolutionäre Gesindel, das sich Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Russlands nennt, wagt es im „Vorwärts“ einen Offenen Brief an Ben Tillet zu richten.“

Angeichts dieser unerhörten Verleumdung, die alle Beschimpfungen, die bisher von der kommunistischen Presse gegen die russische Sozialdemokratie geschleudert wurden, an Niedrigkeit und Gemeinheit übertrifft, hat die Sozialdemokratische Auslandsdelegation beim zuständigen Gericht gegen die „Rote Fahne“ Klage wegen Verleumdung erhoben.

Danziger Konflikt und Völkerbund.

Französische Protektoren polnischer Aspirationen.

Stockholm, 22. Januar. (WTB.) Der Genfer Korrespondent des „Aftonbladet“ erzählt aus Völkerbundkreisen über den Konflikt in Danzig folgendes: Die durch Polen in Danzig getroffene Anordnung einer direkten Postbeförderung sei schon seit langem geplant gewesen. Bei der letzten Sitzung des Völkerbundes habe Polen geglaubt, feststellen zu können, daß sich England nicht mehr für osteuropäische Verhältnisse interessiere und daß sich im Völkerbund allgemeine Zeichen großer Schwäche bemerkbar machten. Deshalb habe Polen von Frankreich einen Hintz erhalten, daß der rechte Augenblick zur Verwirklichung seiner Postpläne gekommen sei. Daß dieser Plan älteren Datums sei, werde dadurch bewiesen, daß der Senat in Danzig schon 1922 Anlauf zu dem Vorhaben zu haben glaubte, daß in Danzig eine polnische Post eingerichtet werden solle. Deshalb habe er sich schon damals an den Völkerbundkommissar gewandt. Dieser habe in einem Schreiben vom Januar 1922 die polnische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Errichtung einer polnischen Post in Danzig außerhalb des der Polnischen Republik zugesprochenen Gebietes nicht statthaft sei. Er habe sich jedoch geäußert, als er in diesem Schreiben die Vermutung ausgedrückt, daß die polnische Regierung sich sicherlich mit keiner solchen Absicht trage. Von französischer Seite wolle man jetzt geltend machen, daß sowohl die deutsche wie die polnische Presse die Sache als sehr aufgebauscht habe. Für den Völkerbund bestehe aber kein Anlaß, dieser Danziger Episode wegen eine Sonderprüfung vor der ordentlichen Versammlung einzubringen.

Warschau, 22. Januar. (Eca.) Im Gegensatz zu den Sejmparteien der Rechten und der Mitte, die sich auf eine gemeinsame Interpellation über den polnisch-danziger Konflikt geeinigt hatten, hat die polnische Sozialdemokratie eine besondere Interpellation eingebracht. Der Antrag der Sozialisten verlangt, daß die polnische Regierung den Konflikt mit Danzig auf friedlichem Wege beseitigen solle. Sie solle den Streit nicht verschärfen, und einen ähnlichen Standpunkt erwarre man von Danzig.

Der Antrag der Rechtsparteien verlangt nach Aufhebung der Zollunion mit Danzig und Vorgehen gegen den Völkerbundskommissar, um diesen „in seine Schranken zurückzuführen“.

Im Sejm hielt Außenminister Skrzynski folgende, selbst dem Verfall der Rede höhnische Rede: „Ich muß feststellen, daß die bestehenden Mißverständnisse aus der Absicht, die souveränen Rechte Polens auf Danzig in Abrede zu stellen, herrühren. Danzig bildet sich ein, daß es unsere souveränen Rechte in Frage stellen kann. Die Kompetenz des Völkerbundskommissars kann sich nicht auf die Einschränkung und Verletzung der Souveränität des polnischen Reiches erstrecken.“

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Eine schwerindustrielle Falschmeldung.

Wolff-Bureau teilt mit: Die von der U. L. verbreitete Meldung, daß Staatssekretär Dr. Trendelenburg erklären werde, es sei der deutschen Delegation nicht möglich, auf die letzten französischen Vorschläge einzugehen, ist, wie wir von unrichtiger Seite erfahren, unrichtig. Die französischen Vorschläge werden von der Regierung in Berlin und der deutschen Delegation

in Paris noch gemeinsam geprüft. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Die Entscheidung der deutschen Delegation.

Paris, 22. Januar. (WTB.) Die deutsche Handelsdelegation wird im Laufe des morgigen Tages dem Handelsminister Raynaldy die Antwort auf die schriftlich vorgelegten französischen Vorschläge vom 17. Januar überreichen. Die deutsche Delegation wird, wie wir vernehmen, von der französischen Handelsvertragsdelegation noch einige Aufklärungen verlangen.

Elässer als Ueberfranzosen.

Zu Palais Bourbon.

Paris, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer kamen am Donnerstag in der außenpolitischen Debatte vor allem die Abgeordneten des Elsas zum Wort. Abg. Oberkirch sprach zunächst gegen die Aufhebung der Grenzschranken beim Basiskon. Die Angriffe des Redners veranlaßten Herriot zum schärfsten Broief gegen die Blüt von Schmädhungen, die aus dem nationalstaatlichen Lager des Elsas gegen ihn täglich gerichtet werden. Oberkirch wechselte darauf das Gebiet seiner Angriffe und machte dem Ministerium Herriot zum Vorwurf, daß es durch das Verprechen, das Ruhrgebiet zu einem bestimmten Zeitpunkt zu räumen, seine sämtlichen Trümpe aus der Hand gegeben habe. Die Folge davon sei, daß in den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland die „wohlerworbenen Rechte“ Elsas-Lothringens auf Vorrangsbehandlung seiner Ausfuhr von Deutschland mit Füßen getreten würden. Herriot entgegnete darauf, es sei nicht seine Schuld, wenn seine Vorgänger von der ihnen im Friedensvertrag gebotenen Möglichkeit, beim Völkerbund eine Verlängerung der in Versailles festgesetzten Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu beantragen, keinen Gebrauch gemacht hätten. Die Lage wäre auch damit nicht geändert worden, daß Frankreich im Ruhrgebiet geblieben wäre, zumal das Ministerium Poincaré beim Einmarsch die Ziele der Ruhrbesetzung genau umschrieben habe. In London würde sich Frankreich aufs schärfste ins Unrecht gesetzt haben, wenn es nach der Regelung der Reparationsfrage die Ruhrbesetzung, die von diesem Augenblick an nicht mehr als im Einklang mit dem Friedensvertrag stehend verteidigt werden konnte, um anderer Gründe willen verlängert haben würde.

Auch in der Nachmittags Sitzung kam es zwischen Oberkirch, der reichlich vier Stunden die Tribüne besetzt hielt, und Herriot zu mehrfachen Zusammenstößen, als Oberkirch sich nachzuweisen bemühte, daß die Politik des Ministeriums gegenüber Deutschland und vor allem sein Verzicht, dort die republikanischen und demokratischen Elemente zu stärken, täglich Schiffbruch erlitten habe. Unter großem Lärm der Rechten erwiderte Herriot, daß es zum mindesten bestrebend sei, einen elässischen Abgeordneten in dieser Weise sprechen zu hören. (Was uns auch scheinen von diesen ehemaligen reichsdeutschen Patrioten. Red.) Die Haltung, die die Regierung zur Räumung Kölns eingenommen habe, beweise, daß sie die Verträge gegen jede Verletzung zu verteidigen wisse. Was die innerpolitische Lage in Deutschland betreffe, so gebe er zu, daß es sehr viele Deutsche gebe, die einer Verständigungspolitik ablehnend gegenüberstünden. Wenn aber die Opposition in Frankreich glaube, über die Bemühungen des anderen Deutschland, das die nationalstaatlichen Strömungen bekämpfte, zur Tagesordnung übergehen zu können und ganz Deutschland ohne Unterschied in den gleichen Topf werfen zu müssen, dann müßte man jede Hoffnung auf Frieden für immer begraben. Die

letzten deutschen Wahlen seien weit demokratischer ausgefallen als die im Mai.

Ein Angriff des elässischen Abg. Pflieger wegen einer Erklärung Gerlachs vor kurzem in Straßburg gab zu neuem Eingreifen des Ministerpräsidenten und stürmischen Zwischenfällen. Anlaß, die den Einbruch erwarteten, daß die elässischen Nationalisten sich offenbar verpflichtet glaubten, durch besonders lärmende Betätigung ihrer Deutschfeindschaft ihre übliche Unterstützung an Frankreich beweisen zu müssen.

Nach Oberkirch kam Bland zu Wort, der aus außenpolitischen Gründen die Haltung der Regierung in der Frage der Besatzung beim Basiskon bekämpfte, im übrigen aber sein volles Vertrauen zur Außenpolitik Herriots aussprach. Die Debatte geht am Freitag weiter, Herriot selbst wird kaum vor Sonnabendnachmittag zu seiner großen außenpolitischen Rede kommen.

Die Abrüstungsaktion.

Initiative des amerikanischen Senats.

Washington, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat an den Präsidenten Coolidge das offizielle Ersuchen gerichtet, nach Washington eine neue internationale Abrüstungskonferenz einzuberufen. Auf der Konferenz sollen nach dem einstimmigen Beschluß des Senats alle die Mächte vertreten sein, mit denen Amerika diplomatische Beziehungen unterhält, also auch Deutschland und Deutschösterreich. Die Tagesordnung soll sowohl die See- als die Landrüstungen umfassen. In dem Antrag wird der Zweck der Konferenz wie folgt umrissen: „Die Konferenz wird die Aufgabe haben, zu einem allgemeinen internationalen Uebereinkommen zu gelangen. Durch dieses sollen die Kriegsrüstungen sowohl zu Wasser wie zu Lande im Interesse des Weltfriedens vermindert und begrenzt und damit alle Nationen von unnötigen Ausgaben für Rüstungen und Kriegsvorbereitungen befreit werden.“

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung verfolgt mit dem allergrößten Interesse die Durchführung des Beschlusses des amerikanischen Senats über eine Abrüstungskonferenz. In Regierungskreisen wird erklärt, England werde wahrscheinlich jede Einladung von Coolidge annehmen, weil die britischen Dominien bereits angeklagt haben, daß sie das Friedensprotokoll von Genf nicht annehmen werden. Es besteht jedoch die Befürchtung, daß Frankreich gegen eine solche Konferenz Schwierigkeiten erheben und spezielle Bürgschaften für die Sicherheit Frankreichs verlangen werde.

Belgische Kriegsprozesse.

Gegen abwesende Deutsche.

Brüssel, 22. Januar. (Eigener Belge.) Das Kriegsgericht von Namur hat einen Feldwebel Müller zum Tode verurteilt, der am 22. August 1914 bei Marche les Dames einen Fabrikarbeiter vorzüglich getötet haben soll. Oberst Hülsen und Hauptmann Boppin wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Hülsen unter der Anklage, er habe 10 bewohnte Häuser in Brand stecken lassen, und Boppin unter der Beschuldigung, durch eine angeblich von ihm befohlene Brandlegung sei Franzosen bei Couvin zerstört worden. Schließlich verurteilte das Kriegsgericht von Brügge Major Fritz Treitschke zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, weil er am 20. Oktober 1914 die Niedermegehung der Einwohner der Gemeinde Berchen (?) befohlen haben soll.

Der Reichstagsausschuß für die Geschäftsordnung genehmigte die Einstellung der Verfahren gegen die Abg. Schulz-Königsberg (Soz.), Berndt (Dnat.), Henning (Natlos), Wendemuth (Soz.), Peters (Soz.) und Schiller-Hannover (Soz.) und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die Verfolgung der Raditsch-Partei hat über 15 000 Kroaten veranlaßt, nach Ungarn zu flüchten. Die Flüchtlinge beschuldigen, in nächster Zeit eine kroatische Zeitung herauszugeben. In Novi Brdo wurden der Präsident und zwei Führer der Deutschen Partei verhaftet. Sie werden beschuldigt, zu der Raditsch-Partei Beziehungen unterhalten zu haben.

Gewerkschaftsbewegung

Der Korruptionsfonds der Scharfmacher.

Von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 16 vom 10. d. M. bringen Sie unter der Überschrift: „Die Rechtschaffensweisen“ wieder die Mitteilung, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen Wahlfonds, zu dem von den Mitgliedern ein Mindestbetrag von 2 M. für jeden Beschäftigten gezahlt werden sollte, geschaffen habe. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände weder einen „Wahlfonds“, den Sie freundschafterweise „Korruptionsfonds“ nennen, gesammelt noch mit diesem „die Wahlfesten der ihr gesügigten Parteien“ bestritten hat. Da Sie die beiden in Frage kommenden Rundschreiben, das eine von der Vereinigung, das andere von der Berliner Industrie, abgedruckt haben, dürfen wir annehmen, daß Ihnen diese Tatsache bekannt ist und überlassen es Ihrer Loyalität, eine berichtigende Veröffentlichung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen.

Wir müssen gestehen, daß Ben Affiba durch diese Berichtigung Lügen gestraft ist. Es handelt sich, wie in der Zuschrift selbst angegeben wird, um zwei Rundschreiben, wovon das eine in Nr. 547 vom 20. November 1924, das zweite in Nr. 555 vom 25. November 1924 im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. In dem einen Rundschreiben, gezeichnet Ernst v. Borfig, heißt es:

„Es gilt auch diesmal wieder, Geldmittel aufzubringen, um die Interessen der Wirtschaft bei der Wahl zur Geltung zu bringen. Ich erlaube mir daher, auch jetzt wieder an die Mitglieder heranzutreten mit dem Vorschlag, ebenso wie bei der vorigen Wahl, einen Beitrag von 2 M. pro Kopf jedes am 1. Oktober 1924 beschäftigten Arbeiters und Angestellten zu entrichten, wobei ich bemerken darf, daß einzelne Firmen in Anerkennung der besonderen Bedeutung der diesmaligen Wahlen bereits Beiträge von 3 bis 4 M. pro Kopf des beschäftigten Arbeiters gezahlt haben.“

Im zweiten Rundschreiben, datiert vom 6. November 1924, heißt es insbesondere:

„Wir betonen, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor gewillt ist, überparteilich zu arbeiten, daß sie es aber als ihre Pflicht ansieht, die Arbeitgeberchaft aufzufordern, diejenigen Parteien, welche gegen die grundsätzliche Auffassung der deutschen Wirtschaft arbeiten und eingestellt sind, zu bekämpfen, sowohl materiell wie ideell. Deshalb meinen wir, daß die Unterstützung einzelner Abgeordneter und Parteien von folgenden allgemeinen Gesichtspunkten getragen werden müßte:

... Es geht bei dem Schicksalskampf der deutschen Wirtschaft um die Frage, ob nach Annahme des Dawes-Gutachten Innenpolitisch die zu dessen Durchführung und zur Gesundung der Wirtschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch tatsächlich sichergestellt werden. Daraus ergibt sich die Pflicht der deutschen Arbeitgeberchaft und der Führer ihrer Verbände, in erster Front zu stehen und ideal wie finanziell jeder Partei und jedem Abgeordneten zu helfen, der diese Fragestellung erkannt hat und mit uns an der Lösung mitarbeiten will. Man soll aber von der Industrie und dem Gewerbe nicht erwarten können, daß sie eine Wahl finanzieren helfen, von der sie nicht die Überzeugung haben, daß die Grundlagen einer gesunden und nationalen Wirtschaft hierbei erkannt sind und entsprechend gewürdigt werden.“

Es wird also mit einer Offenheit, die wirklich nichts zu wünschen übrig läßt, in diesem Rundschreiben aufgefordert, Geld nur gegen entsprechende Gegenleistung zu geben, und zwar sowohl an politische Parteien wie auch an einzelne Abgeordnete. Wer diese Gegenleistungen zu geben sich weigert, soll nicht nur kein Geld erhalten, sondern soll „sowohl materiell wie ideell“ bekämpft werden. Das ist nicht nur politische Korruption, nicht allein der Versuch, einzelne Abgeordnete wie ganze Parteien zu kaufen, sondern zugleich eine politische Erpreßung, weil denen, die sich den Hauptbedingungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht beugen wollen, der schärfste Kampfangedroht wird.

Wenn man die angeführten Forderungen und Bedingungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nachliest, dann begreift man ohne weiteres, warum die Deutsche Volkspartei das Land in die schwerste politische Krise gestürzt hat. Die Deutsche Volkspartei ist die Partei der Schwerindustriellen par excellence. Es gibt sicherlich keinen einzigen Abgeordneten dieser Partei, der nicht die Wahlgelder der Industriellen bekommen hätte. Die Volksparteiler haben sich samt und sonders verpflichtet, restlos für die Bedingungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einzutreten. Nur eine Rechtsregierung im Reich wie in Preußen wird die Bedingungen der Arbeitgeberverbände erfüllen. Die Volkspartei darf also nur an einer solchen Regierung teilnehmen. Sie

muß darüber hinaus, dafür ist sie bezahlt, jede andere Regierung aus schärfster bekämpfen. Die sonderbare Berichtigung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erinnert rechtzeitig daran, daß jeder Abgeordnete, der diese Rechtsregierung direkt oder indirekt unterstützt, in den Verdacht gerät, mit Hilfe des Korruptionsfonds der Vereinigung der Arbeitgeberverbände gewählt zu sein.

Zum Abbau der Reichsbahn-Werkstätten.

Milderungsmaßnahmen für die Arbeiterschaft.

In der Frage der Zusammenlegung von Eisenbahnwerkstätten hat nach dem Amtlichen Preußischen Presseblatt der preußische Minister für Handel und Gewerbe folgende Antwort erteilt: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat die Absicht, zur Erzielung einer wirtschaftlichen Betriebsführung nicht nur in Preußen, sondern in ihrem gesamten Gebiet eine Anzahl Werkstätten umzuorganisieren. Die Ausbesserungsarbeiten an den Fahrzeugen werden in den neuzeitlich eingerichteten Werkstätten zusammengefaßt und die älteren Werkstätten oder Werkstättenabteilungen stillgelegt werden. Einige von ihnen werden jedoch andere Aufgaben erhalten. Sobald die Preussische Staatsregierung von diesen Absichten Kenntnis erhält, hat sie sich mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Verbindung gesetzt, um die Folgen der Maßnahme, wenn diese schon aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen durchgeführt werden muß, nach Möglichkeit für die betroffenen Gemeinden und Arbeitnehmer zu mildern. Als Mittel hierfür läßt die Reichsbahn die Verlegung der Arbeiter in andere Werkstätten und in den Betriebsdienst, die Zahlung ausreichender Uebergangsgelder an ausscheidende Arbeiter, aber auch die Verplanung von Industrien in die gefährdeten Orte. Die Verhandlungen hierüber werden bezüglich jeder einzelnen Werkstätte mit der Reichsbahn besonders geführt.“

Die Aktion des Deutschen Eisenbahnerverbandes trägt also ihre Früchte. Nun wird es nachgerade Zeit, daß der kommunistische Freie Eisenbahnerverband aus seinem Winter schlaf erwacht und sein Geschrei über den „Verrat“ des DGB anhebt. Und wo bleibt der Reichstagsrat der Betriebsräte, den der kommunistische Bezirksbetriebsrat einzuberufen den Auftrag erhielt?

Das gewerkschaftliche Bildungswesen in Berlin.

Nach eingehenden Beratungen in den beiden gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften Berlin und in enger Fühlungnahme mit dem Lehrkörper der Berliner Gewerkschaftsschule hat der Lehrplan der selben eine Umstellung erfahren. Es sollen nicht mehr wie bisher kurze, sich nur über 10 Abende erstreckende Arbeitsgemeinschaften veranstaltet werden, die naturgemäß jeweils nur ein verhältnismäßig enges Gebiet bearbeiten konnten. Die Schule verabsichtigt, ihren Hörern die Möglichkeit eines systematischen und intensiven Studiums zu gewährleisten. Aus diesem Grunde laufen die in der zweiten Februarwoche beginnenden Lehrgänge bis Mitte Juni, um, soweit nötig, nach einer entsprechenden Sommerpause eine Fortsetzung zu erfahren. Außer diesen im Lehrplan enthaltenen Arbeitsgruppen werden noch eine Reihe Sonderkurse für einzelne Verbände veranstaltet, die in erster Linie der Funktionärschulung dienen.

Das Unterrichtsverzeichnis für das Semester Februar/Juni ist erschienen und kann vom Bureau der Gewerkschaftsschule, Engel-ufer 24/25, Zimmer 6, angefordert werden.

Die Arbeitszeit in den Löt- und Weinbetrieben.

In einer Versammlung der Arbeitnehmer aus den Löt- und Weinbetrieben Berlins berichtete Schmitz vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter über die vom Arbeitgeberverband gemachten Anträge, die Arbeitszeit von 8 auf 9 bzw. 10 Stunden pro Tag zu verlängern. Von den Versammelten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die am 19. Februar 1924 abgeschlossene Erhöhung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden, mit einer eventuellen Ausdehnung bis auf 10 Arbeitsstunden die Woche, durch Antrag des Arbeitgeberverbandes bei der Reichsarbeitsverwaltung für verbindlich erklärt werden sollte.“

Es ist nur der Initiative der Organisation zu verdanken, wenn der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung abgelehnt worden ist. Nach Ansicht der Versammelten liegt überhaupt kein Bedürfnis vor, länger als 8 Stunden arbeiten zu lassen.

Die Versammelten geloben, wenn der Versuch von einzelnen Unternehmungen gemacht werden sollte, trotzdem die stündliche Arbeitszeit zur Einführung zu bringen, sich mit allen Mitteln mit Unterstützung der Organisation dagegen zu wehren.

Die Versammelten sehen es als ihre Aufgabe an, in allen den Betrieben, wo heute 9 Stunden gearbeitet wird, mit Hilfe der Organisation dahin zu wirken, daß wieder 8 Stunden gearbeitet wird. Außerordentlich bedauern es die der Organisation angeschlossenen Arbeitnehmer, daß Anträge des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, ihn als Tarifkontrahenten für die genannte Kategorie mit hinzuzuziehen, vom Arbeitgeberverband fortwährend abgelehnt werden. Der Grund der Ablehnung ist aus den gegebenen Umständen leicht verständlich.“

Die Organisation wurde schließlich beauftragt, eine Lohnforderung von 5 M. wöchentlich zu beantragen.

Durch Vergleich am 21. Januar wurden für die in den Reichsmonopolbetrieben Beschäftigten folgende Wochenlöhne vereinbart: Ab 1. Januar bis 2. April 1925: Ungelehrte Arbeiter, 2 R. auch Lager- und Holzarbeiter, Wächter, Portiers und Stallknechte 34,50 M., Rauscher 36,70 M., Filtrationsarbeiter und Arbeiterinnen der Angelmühle 37,95 M., Handwerker aller Art, einisch, Maschinenisten, Heizer, Apparateführer und Kraftwagenführer 39,65 M., Arbeiterinnen 25,85 M.

Gegen den Betriebsrat.

Leibesumfang als Entlassungsgrund.

Die Direktion der Lönndorf-Betriebe (Restaurant) wollte ihren Betriebsratsvorsitzenden leserwerden. Solche Absichten von Unternehmern großer Gastwirtschaften sind nicht selten. Aber die „Gründe“, womit die Lönndorf-Direktion beim Gewerbegericht ihren Antrag auf Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Kellners K., vertat, dürften doch den Reiz der Neuheit haben. Als erster Entlassungsgrund führte die Direktion an, daß seit 1916 in ihrem Betriebe beschäftigte K. besitze nicht mehr die nötigen körperlichen, fachlichen und sonstigen Qualitäten, um den Posten eines Kellners im Lönndorf-Betriebe zu versehen. Das sei schon früher in einem bestimmten Maße so gewesen. Durch das Weiterwerden des K., das sich auch in zunehmender körperlicher Korpusulenz und daher in milderer Beweglichkeit zeige, sei seine Qualität für den Lönndorf-Betrieb verringert.

Wahrscheinlich war K., als er vor acht Jahren, also mitten in der Hungerperiode, seine Stellung antrat, schlanker als er unter normalen Ernährungsverhältnissen gewesen sein würde. Inzwischen hat er nun — man kann nicht sagen zu seinem Glück, denn er soll ja deswegen entlassen werden — seine ihm von der Natur bestimmte, untersepte und ein wenig volle Figur wiedergewonnen. Aber einen Schmerzbau und sonstige Anzeichen der Korpusulenz sucht man bei ihm vergebens. Es ist also wohl weniger der „Korpusulente“ Kellner als der ungeliebte Betriebsratsvorsitzende, den die Direktion loswerden möchte.

Als weitere Entlassungsgründe machte die Direktion geltend, K. verlege die Gäste durch sein mürrisches Wesen, auch habe er unterlassen, obwohl es ihm bekannt gewesen sei, der Direktion mitzuteilen, daß ein Koch ein unästhetisches Verhältnis mit einem Gläserpöster unterhalte.

Das Gericht wies den Antrag der Direktion ab mit der Begründung: Wenn dem K. ein mürrisches Wesen zum Vorwurf gemacht werde, so handle es sich um subjektive Eindrücke, die hauptsächlich auf den seit längerer Zeit zwischen der Direktion und K. bestehenden Differenzen beruhen. Den Befundungen der in diesem Falle nicht unparteiischen Direktion siehe die Tatsache entgegen, daß K. bereits acht Jahre im Betriebe tätig sei und sein Verhalten sogar die ausdrückliche Anerkennung des erst vor Jahresfrist verstorbenen Inhabers, Lönndorffsen, gefunden habe. Auch die den Koch betreffende Angelegenheit könne nicht als Entlassungsgrund angesehen werden, denn K. habe diese Angelegenheit gesprächsweise der Direktion mitgeteilt und da es sich nur um einen Verstoß handelte, habe er vorsichtig sein müssen.

Die Direktion hatte auch noch gegen ein weiteres Mitglied des Betriebsrates Antrag auf Entlassung gestellt. Auch diesen Antrag, der mit Unredlichkeit Gästen gegenüber begründet wurde, wies das Gericht ab, weil durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß es sich in den zwei Fällen, die die Direktion anführte, nur um Rechenfehler des Kellners handelte, welche bei Benutzung der von der Direktion verabfolgten sehr undeutlichen und zu Irrtümern Veranlassung gebenden Rechnungszeile leicht vorkommen können.

Die christlichen Bergarbeiter für den Achtsundentag.

Ebersfeld, 21. Januar. (U.) Der Gewerkschaftsverein Christlicher Bergarbeiter richtete eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, auf Grund des § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 die Ueberarbeitung der 48 stündigen Arbeitswoche im rheinischen Braunkohlenbergbau zu verbieten.

Angestelltenforderungen der bayerischen Metallindustrie.

München, 22. Januar. (U.) Die Bewegung der Angestelltenchaft in der bayerischen Metallindustrie hat sich weiter zuspitzt. In Nürnberg haben von den fünf Angestelltenverbänden vier den Vermittlungsvorschlag des Landesgeschäftlers als ungenügend verworfen. Auch in Augsburg und München wurde der Vorschlag als ungenügend abgelehnt. Infolgedessen ist für die nächsten Tage mit der Möglichkeit eines Lohnkampfes zu rechnen.

Kohleleger! Die Firma Scharlowski, Dortmund, sucht Heizungsmonteur usw. Da dortselbst Differenzen bestehen, ersuchen wir, ein Arbeitsangebot dorthin nicht anzukommen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Lötper! In der „Märktischen Eisenwarenindustrie“ in Oranienburg sind Differenzen ausgebrochen. Da dem Betriebsobmann und Vertrauensmann Altride das Betreten des Betriebes verboten wurde und seine sofortige Entlassung erfolgte, haben sämtliche Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb gilt als gesperrt. Deutscher Bergarbeiterbund, Fachgruppe der Lötper. Der Bezirksleiter.

Die Verordnung über Juchauschläge für Hausarbeit vom 28. November 1924 ist für 10 St. vom Gewerkschaftsbund Leipzig, Zeiger Str. 32, zu beziehen.

Achtung, SPD-Metallarbeiter!

Am Montag abend 7 Uhr in den Gerbe-Gärten, Goghlenstr. 34, Versammlung aller SPD-Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Die Reorganisation in der Metallindustrie, unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik. 2. Bericht über den Stand der Bewegung. 3. Protokoll der letzten Versammlung. 4. Beschlüsse. 5. Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe. 6. Beschlüsse. 7. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 8. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 9. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 10. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 11. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 12. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 13. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 14. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 15. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 16. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 17. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 18. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 19. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 20. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 21. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 22. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 23. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 24. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 25. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 26. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 27. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 28. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 29. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 30. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 31. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 32. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 33. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 34. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 35. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 36. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 37. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 38. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 39. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 40. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 41. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 42. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 43. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 44. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 45. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 46. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 47. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 48. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 49. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 50. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 51. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 52. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 53. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 54. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 55. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 56. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 57. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 58. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 59. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 60. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 61. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 62. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 63. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 64. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 65. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 66. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 67. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 68. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 69. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 70. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 71. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 72. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 73. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 74. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 75. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 76. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 77. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 78. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 79. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 80. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 81. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 82. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 83. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 84. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 85. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 86. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 87. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 88. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 89. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 90. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 91. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 92. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 93. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 94. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 95. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 96. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 97. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 98. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 99. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 100. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 101. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 102. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 103. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 104. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 105. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 106. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 107. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 108. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 109. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 110. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 111. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 112. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 113. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 114. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 115. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 116. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 117. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 118. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 119. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 120. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 121. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 122. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 123. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 124. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 125. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 126. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 127. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 128. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 129. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 130. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 131. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 132. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 133. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 134. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 135. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 136. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 137. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 138. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 139. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 140. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 141. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 142. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 143. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 144. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 145. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 146. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 147. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 148. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 149. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 150. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 151. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 152. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 153. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 154. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 155. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 156. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 157. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 158. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 159. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 160. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 161. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 162. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 163. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 164. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 165. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 166. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 167. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 168. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 169. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 170. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 171. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 172. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 173. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 174. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 175. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 176. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 177. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 178. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 179. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 180. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 181. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 182. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 183. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 184. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 185. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 186. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 187. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 188. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 189. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 190. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 191. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 192. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 193. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 194. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 195. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 196. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 197. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 198. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 199. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 200. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 201. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 202. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 203. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 204. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 205. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 206. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 207. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 208. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 209. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 210. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 211. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 212. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 213. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 214. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 215. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 216. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 217. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 218. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 219. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 220. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 221. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 222. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 223. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 224. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 225. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 226. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 227. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 228. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 229. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 230. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 231. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 232. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 233. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 234. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 235. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 236. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 237. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 238. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 239. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 240. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 241. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 242. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 243. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 244. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 245. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 246. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 247. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 248. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 249. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 250. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 251. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 252. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 253. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 254. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 255. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 256. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 257. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 258. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 259. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 260. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 261. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 262. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 263. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 264. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 265. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 266. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 267. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 268. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 269. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 270. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 271. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 272. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 273. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 274. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 275. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 276. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 277. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 278. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 279. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 280. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 281. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 282. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 283. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 284. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 285. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 286. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 287. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 288. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 289. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 290. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 291. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 292. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 293. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 294. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 295. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 296. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 297. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 298. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 299. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 300. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 301. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 302. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 303. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 304. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 305. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 306. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 307. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 308. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 309. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 310. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 311. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 312. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 313. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 314. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 315. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 316. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 317. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 318. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 319. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 320. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 321. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 322. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 323. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 324. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 325. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 326. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 327. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 328. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 329. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 330. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 331. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 332. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 333. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 334. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 335. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 336. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 337. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 338. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 339. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 340. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 341. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 342. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 343. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 344. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 345. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 346. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 347. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 348. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 349. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 350. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 351. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 352. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 353. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 354. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 355. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 356. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 357. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 358. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 359. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 360. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 361. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 362. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 363. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 364. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 365. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 366. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 367. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 368. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 369. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 370. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 371. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 372. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 373. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 374. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 375. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 376. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 377. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 378. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 379. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 380. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 381. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 382. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 383. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 384. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 385. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 386. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 387. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 388. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 389. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 390. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 391. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 392. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 393. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 394. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 395. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 396. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 397. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 398. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 399. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 400. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 401. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 402. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 403. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 404. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 405. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 406. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 407. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 408. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 409. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 410. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 411. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 412. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 413. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 414. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 415. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 416. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 417. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 418. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 419. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 420. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 421. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 422. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 423. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 424. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 425. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 426. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 427. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 428. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 429. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 430. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 431. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 432. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 433. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 434. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 435. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 436. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 437. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 438. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 439. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 440. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 441. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 442. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 443. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 444. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 445. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 446. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 447. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 448. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 449. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 450. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 451. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 452. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 453. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 454. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 455. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 456. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 457. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 458. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 459. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 460. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 461. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 462. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 463. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 464. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 465. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 466. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 467. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 468. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 469. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 470. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 471. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 472. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 473. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 474. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 475. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 476. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 477. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 478. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 479. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 480. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 481. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 482. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 483. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 484. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 485. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 486. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 487. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 488. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 489. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 490. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 491. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 492. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 493. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 494. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 495. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 496. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 497. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 498. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 499. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 500. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 501. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 502. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 503. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 504. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 505. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 506. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 507. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 508. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 509. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 510. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 511. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 512. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 513. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 514. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 515. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 516. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 517. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 518. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 519. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 520. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 521. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 522. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 523. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 524. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 525. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 526. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 527. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 528. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 529. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 530. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 531. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 532. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 533. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 534. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 535. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 536. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 537. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 538. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 539. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 540. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 541. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 542. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 543. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 544. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 545. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 546. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 547. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 548. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 549. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 550. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 551. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 552. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 553. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 554. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 555. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 556. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 557. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 558. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 559. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 560. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 561. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 562. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 563. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 564. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 565. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 566. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 567. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 568. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 569. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 570. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 571. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 572. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 573. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 574. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 575. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 576. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 577. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 578. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 579. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 580. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 581. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 582. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 583. Tagesordnung für die nächste Versammlung. 584. Tagesordnung für die nächste Versammlung.

Eine Arbeitsfikung der Stadtverordneten.

Mittelstands- und Verkehrsdebatten.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde von der Wirtschaftspartei ein bischen in Mittelstandsretterei gemacht. Anlaß dazu hat die Errichtung und der Betrieb einer „Gemeinnützigen Verkaufsstelle“, die unter der Regie der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten an diese allerlei Waren zu besonders günstigen Einkaufsbedingungen abgibt. Der Magistrat hat ein Darlehen gegeben und Räume für billige Miete zur Verfügung gestellt; das genügt Herrn Müller-Franken, dem Magistrat „Vorschubleistung unläuterer Konkurrenz“ vorzuwerfen. Die Stadträte Wege und Brühl legten die Verhältnisse der Verkaufsstelle dar. Deutschnationale und Volkspartei fangen aus Konkurrenzgründen das mittelständische Lied mit, wobei sich ein interessanter Widerspruch zwischen dem deutschnationalen Parteiredner und dem deutschnationalen Stadtrat Wege ergab. Der deutschnationale Redner forderte eine Aufbesserung der Einkommen der städtischen Arbeitnehmer, falls ihre Gehälter und Löhne für den Einkauf beim Privatkäufer nicht ausreichen sollten. — Mittelstandslogik! — Genosse Heitmann vertrat kurz den Standpunkt unserer Fraktion. Die Sache ging an einen Ausschuß. Ein Antrag der Kommunisten, beim Oberpräsidenten darüber zu verhandeln, daß ihnen die gesetzlich zustehende Vertretung im Magistrat endlich bewilligt wird, fand Annahme. Selbstverständlich stimmten die Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen dafür; die Kommunisten nahmen Anlaß, sich darüber zu wundern. — Bei der am vorigen Donnerstag ausgefallenen Abstimmung über den Manifestarisch der städtischen Arbeiter wurde die Ueberlieferung der dazu vorliegenden Verbesserungsanträge an den Magistrat zur Durchführung bei den kommenden Verhandlungen mit einer einzigen Stimme Mehrheit beschlossen. Die Autobusunfälle am Schöneberger Ufer riefen eine längere Debatte hervor. Die Kommunisten versprachen sich in einem Antrag von der Bildung eines „Verkehrsausschusses“ aus Vertretern der Kraftfahrer viel bei der Verhütung von Verkehrsunfällen. Genosse Klose zeigte, wie in der „Verkehrswacht“ bereits eine solche Institution besteht und wirkt. Auf die Anfälle des Kommunisten Dörr gegen den Polizeipräsidenten einzugehen, lohnt nicht; es ist immer dasselbe. Beschlossen wurde Ausschußberatung. Bei der Beratung eines Antrages auf Ueberlassung der Kautschukräume für eine Kolonialausstellung hospitierte der Kommunist Venus ein Manuskript seiner Parteizentrale herunter. Er hatte die Sozialdemokraten im Verdacht, daß sie für die Ueberlassung seien. Um so mehr stauten Kommunisten und auch die Rechte des Hauses, als Genosse Czemincki das Gegenteil verkündete.

Um 9 Uhr trat die Versammlung in eine geheime Sitzung ein.

Der Beginn der Sitzung war zunächst der Erledigung von Anfragen gewidmet. Nachdem die Besorgnisse, die die Deutschnationalen im vorigen November wegen der Ansetzung des Termins für die Rationverteilung gehabt hatten, durch eine Erklärung des Stadtsyndikus Lange beseitigt worden waren, ging man zu der am 18. Dezember von den Deutschnationalen gestellten Anfrage über.

und ihrer Organe in Grund und Boden verdammt. Besonders tat sich hier wieder Müller-Franken hervor, der auch die angeblich für die Straßenbahn in der Bildung begriffenen „Warenhäuser“ und die Unterführung eines privaten Fahrrad-Agenturgeschäfts durch die Stadt in die Erörterung hineinzog.

Stadtrat Wege: Die Gemeinnützige G. m. b. H. darf keine Ueberhöhe erzielen, sie zahlt auch dem Aufsichtsrat keine Lantien. Die G. m. b. H. hat sehr reich gewirkt, mindestens 65 Proz. der Käufer sind städtische Arbeiter. Die Räume sind gegen angemessene Miete zur Verfügung gestellt. Die G. m. b. H. hat dem Magistrat versprochen müssen, nicht „an jedermann“ zu verkaufen, sondern jeden Käufer über seine Berechtigung sich ausweisen zu lassen. Bergünstigungen werden nicht gewährt; kein städtischer Beamter ist zur G. m. b. H. beurlaubt; früher war es einer, der mit dem Abbau sofort auch abgebaut wurde. Als anerkannt „Gemeinnützige“ zahlt sie keine Gewerbesteuer, wohl aber Umsatzsteuer. Sie hat seinerzeit ein Darlehen von 15 000 R. erhalten. Von „unlauterem Wettbewerb“ kann keine Rede sein. Der Magistrat hält sich für verpflichtet, die Selbsthilfebestrebungen seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter zu unterstützen. Schwien (D. Sp.) fand diese Auskunft natürlich durchaus unbefriedigend und verurteilt das Vorgehen des Magistrats, wenn er den Betroffenen helfen wolle, so möge er die Gehälter und Bezüge erhöhen, nicht aber dem Gewerbe Konkurrenz machen. Die ganze Frage sei nochmals der Ausschußprüfung zu unterwerfen. Genosse Stadtrat Brühl stellte fest, daß mit dem Fahrradgeschäft der Magistrat nichts zu tun habe, daß er nur dafür Sorge, daß das für die Beschaffung von Fahrrädern seinerzeit hergegebene Darlehen von 100 000 R. nicht verloren gehe. Linke (Dnt.) war für den Antrag Schwien, da die Sache der Radprüfung dringend bedürfe. Auch Mertens (Dem.) fand an dem Verhalten des Magistrats allerlei auszusetzen, empfahl ihm größere Neutralität gegenüber der G. m. b. H. und schloß sich gleichfalls dem Antrag Schwien an. Genosse Heitmann hatte gegen die Radprüfung nichts einzuwenden, gab aber der allgemeinen Auffassung der Fraktion Ausdruck, daß die Tendenz von Anfrage und Antrag darauf zurückzuführen sei, daß die Vertreter der bürgerlichen Kreise alle derartigen Einrichtungen so schnell wie möglich beseitigen möchten. (Zustimmung rechts.) Die Sozialdemokraten unterstützten alle diese im Interesse der städtischen Beamten und Arbeiter geschlossenen Einrichtungen. Herr Schwien habe in der Erhöhung der Bezüge die Absicht gesehen; wenn das die Auffassung der ganzen Deutschen Volkspartei sei, werde man sie demnächst beim Worte nehmen. Nachdem dann Gabel (Komm.) auch dieses Anlaß benutzt hatte, um die Sozialdemokraten mit Barmut, Küsser usw. anzukreuzeln, wurden die Anfrage und der Antrag der Ausschußberatung überwiesen.

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung über den

6. Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter

wurde die von der Rechten beantragte Wiederherstellung der Magistratsvorlage mit 93 gegen 94 Stimmen unter dem Beifall der Linken abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit der Ausschußbeschluss, dem Vertrag die Zustimmung zu verweigern, mit dem Zusatz angenommen, die kommunistischen Verbesserungsanträge zu Arbeitszeit, Urlaub usw. dem Magistrat „zur Durchführung“ bei den kommenden Reichsarbeitsvertragsverhandlungen zu überweisen. (Die Worte „zur Durchführung“ wurden mit derselben Mehrheit an die Stelle der Worte „als Material“ im Ausschlußbeschluss gesetzt.) — Weiter nahm die Versammlung auf Vorschlag von Dörr ohne Ausprache den kommunistischen Antrag an, der den Magistrat erucht, mit dem Oberpräsidenten zu verhandeln, um festzustellen, warum der Oberpräsident verhindert, daß die kommunistische Fraktion die ihr gesetzlich zustehende Vertretung durch einen unbesetzten Stadtrat im Berliner Magistrat erhält. — Hierauf trat man in die Beratung der Anfrage der Demokraten betr.

Anfälle im Berliner Straßenverkehr.

Den gleichen Gegenstand betrifft ein kommunistischer Antrag, der, an die Betriebsunfälle der Autobusse anknüpfend, die Bildung eines Verkehrsausschusses vorschlägt, der aus Betriebsräten der „Ahoag“, der Kraftfahrer von Riets- und Geschäftsautos, der Straßenbahn, sowie des Expeditions- und Fuhrgerwerbes bestehen und bei allen Verkehrsfragen einsch. Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend mitzuwirken haben soll. Nachdem Mertens (Dem.) die Anfrage und Stoll (Komm.) den Antrag ausführlich begründet

hatten, entwickelte Stadtbaurat Adler ein umfangreiches Zukunftsprogramm für die Lösung des Berliner Verkehrsproblems und stellte bezügliche Vorlagen in nahe Aussicht. Der Magistrat werde alles tun, um den Verkehr in jeder Beziehung zu bessern und Unfälle soweit irgendmöglich zu verhindern. Budmisch (Dnat.) hob hervor, daß im vorigen Jahr durch Verkehrsunfälle in Berlin 35 Menschenleben vernichtet worden sind; eine gründliche Reform aus diesem dringendem Not. Berlin sei doch keine Rennbahn. Mit dem kommunistischerseits angeregten „Verkehrsausschuss“ konnte er sich ebensowenig befreunden, wie der Vertreter der D. Sp. Beuster, der im übrigen die ganze Materie einem Ausschuss überweisen wissen wollte. Genosse Klose führte aus: Bei jedem Anknüpfen stellt die Presse fest, daß der Autoverkehr eine Gefahr ist. Dabei wird übersehen, daß die Zahl der Automobile sich vervielfacht hat und daß des Bestandes diesem Verkehr immer noch nicht genügende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Charakteristisch ist, daß man fast jedesmal die Schuld an den Unfällen den Chauffeuren in die Schuhe zu schieben sucht. In dieser Beziehung hat sich sogar die den Kommunisten doch nicht zu fern stehende Welt am Abend“ die Demagogie geleistet, daß die Chauffeure der „Ahoag“ schuldhafterweise zu schnell fahren. Die „Ahoag“ sollte sich die Arbeitszeit ihrer Angestellten einmal näher betrachten. Durch die Ueberhandnahme des Autoverkehrs werden die Autobusfahrer an allen freieren Stellen zu einem schnelleren Tempo der Fahrt veranlaßt. Die Löhne entsprechen den gerechten Anforderungen noch immer nicht, wenn sie auch höher sind, als Herr Stoll angeführt hat. Den Polizeipräsidenten kann man für die Unfälle nicht verantwortlich machen. Den kommunistischen Antrag lehnen wir ab; ein Verkehrsausschuss ist kein dringendes Bedürfnis. (Lebhafter Widerspruch auf der Zuhörertribüne.) Dem Antrag Beuster treten wir bei.

Die „Verkehrswacht“

leistet ja zum großen Teil schon, was jener Verkehrsausschuss leisten soll, sie muß bloß noch größere Befugnisse erhalten. (Da die Tribünenorgane weiter lärten, droht der Vorkreher die Entfernung und Widerspruch hervorruft.) — Mit großer Mehrheit wird, nachdem sich im Schlusswort Dörr noch speziell wegen der Tendenz der „Welt am Abend“ unter den üblichen Anfällen gegen unsere Genossen geäußert hat, nach dem Antrage Beuster beschlossen. Der Errichtung eines Rentnerheims mit 52 Wohnungen in Berlin-Wilmersdorf stimmte die Versammlung zu. Zu Zwecken der Wochenfürsorge wurden 100 000 R. für 1924 zur Verfügung gestellt und unter gewissen Voraussetzungen eine Erhöhung des Wochenlohnes beschlossen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen rief der Antrag, den Fest- und Märchenaal des Rathauses für eine Kolonialausstellung zu überlassen, eine längere Debatte hervor. Unsere Fraktion erklärte durch den Genossen Czemincki, daß sie gegen diesen Antrag sei. Die Abstimmung wurde vertagt. Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime.

Am Mittwoch, den 21. Januar, fand im Lindenpark Zehlendorf eine von der SPD. einberufene öffentliche Versammlung statt, in der der Genosse Polenske über die Angriffe des „Zehlendorfer Anzeigers“ auf den Achtstundentag und die Arbeitsbedingungen der Zehlendorfer Gemeindearbeiter sprach. Im Anschluß an die beifälligen Ausführungen entspann sich eine Aussprache, nach deren Beendigung folgende Entschließung einstimmig Annahme fand: „Die Gemeindearbeiter des 10. Verwaltungsbezirks erheben in der am 21. Januar im Lindenpark tagenden öffentlichen Versammlung scharfsten Protest gegen den am 6. d. M. im „Zehlendorfer Anzeiger“ veröffentlichten Artikel über den Achtstundentag und der sozialen Bergünstigungen der städtischen Arbeiter. Sie erblicken in diesem Artikel eine Provokation der Reaktion gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft und beauftragen daher den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie die Fraktion der SPD. bei den kommenden Verhandlungen sowie im Stadtparlament mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für Erhaltung des Achtstundentages sowie der Sozialbergünstigungen einzutreten.“

„Hygiene der Ehe“

Am Freitag, den 23. Januar, 6 Uhr, fand in der Ullrich-Bühnenhalle eine Besprechung des oben genannten Kulturklub. Begleitend: Dr. Karl Bornheim, Generalkonsul des Landesamtes für hygienische Volksbildung. Gegenüber haben keine Fahrt. Eintritt 30 Pf. Karten im Gesundheitsamt (Gartenstraße 73, I.), im Stadtbld (Berl. Str. 67), in der Sängerkolonie (Berl. Str. 10, III. Stock) und an der Abendkasse.

die Gemeinnützige G. m. b. H., Einkaufskommission für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt Berlin betrifft und ihr nachsagt, daß sie in den Räumen des Rathauses und des Magistrats ständige Verkaufsstellen für Lebensmittel, Konserven, Wein-, Textil- und Modewaren unterhält und solche Waren an jedermann abgibt. Es wird gefragt, welche Bergünstigungen der Magistrat der G. m. b. H. gewährt, ob Beamte zur Dienstleistung bei ihr beurlaubt sind, ob Miete und Steuern gezahlt werden, ob besonders günstige Kredite von der Sparkasse gemacht worden sind und wie der Magistrat alledem gegenüber die Interessen der arbeitsfähigen Bevölkerung zu wahren gedenkt. — Schon am 27. November hatte die Wirtschaftspartei einen ähnlichen Antrag eingebracht. Die Verhandlung darüber nahm ausgedehnten Umfang an, da die Vertreter der Wirtschaftspartei wieder in offen Tonart das Klagenfeld von der außerordentlichen Notlage des gewerblichen Mittelstandes fangen und die „unlautere Konkurrenz“ der Stadt

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

2] Von Wilhelm Hegeler.

Als nach einer kleinen Weile Elisabeth immer noch Zahlen halbblau zusammenrechnete, unterbrach Margret sie mit dem Ausruf:

„Wie drollig! Das erstemal in dieser ganzen Zeit, daß ich dich von Preisen sprechen höre.“

„Was glaubst du, was dies für ein Brief ist?“

„Sieht aus wie eine Bankrechnung. Aber vielleicht ist es ein Liebesbrief. Die sollen sich ja heutzutage oft zum Wechseln ähnlich sehen.“

„Es ist eine Abrechnung. Mein Bankier schreibt mir, daß meine Aktien tüchtig gestiegen sind.“

„Deine Aktien?“

„Ich spekuliere nämlich.“

Während Elisabeth dem Schaukelstuhl einen leichten Stoß gab, so daß sie auf- und niederwippte, sah sie zurückgelehnt die Schwester an, deren erschrockenes Staunen ihr nur ein ergöttes Lächeln zu entlocken schien. Aber der dünne Ueberzug dieses Lächelns konnte die leise verlegene Unsicherheit darunter nicht ganz verbergen.

„Du spekulierst?“

„Wie Hunderte von Frauen es heute tun.“

„Daß Hunderte von Frauen es tun, weiß ich. Aber daß du dich je mit solchen Dingen befassen würdest, hätte ich nie geglaubt. Weiß denn Roland davon?“

„Er weiß nichts und soll auch nichts erfahren. Er würde sofort unseren Ruin vor Augen sehen. Und ich möchte ihn gerade vor unwilligen Sorgen bewahren. Als ich sah, daß wir mit seinem Gehalt nicht mehr auskommen würden, hatte ich eine längere Auseinandersetzung mit ihm. Er sah unsere Lage vollkommen ein und war entschlossen, eine Privatpraxis anzufangen. Aber ich bitte dich, von morgens neun bis nachmittags um vier ist er angestrengt in seinem Institut tätig. Dann sollte er noch Sprechstunden abhalten und Krankenbesuche machen? Der Mann wäre mir ja einfach zugrunde gegangen. Da habe ich kurz entschlossen meine überflüssigen Perlen und Brillanten verkauft. Das gab ein ganz hübsches Kapital. Zum Glück kenne ich einen Herrn von der Bank, der mir mit seinen Kassächtern treulich beigegeben hat. Bis jetzt ist die Sache ganz gut abgelaufen. Ich gewinne immerhin soviel, daß wir uns über Wasser halten können.“

„Nur schade um deinen Schmutz!“

„Ist es nicht besser, er hilft uns über die schlimme Zeit weg, als daß er nutzlos im Kästen liegt? Denn auf Gesellschaften, wo ich ihn tragen könnte, gehe ich ohnehin nicht mehr.“

„Gut. Heutzutage soll man seine Werte arbeiten lassen. Aber was sagt denn Roland dazu, daß ihr jetzt auskommt? Wundert er sich nicht?“

„Manchmal mündert er sich, aber wenn ich ihm dann eine beruhigende Antwort gebe, ist er zufrieden. Ihm ist natürlich die Hauptsache, daß er in seiner Arbeit möglichst wenig gestört wird und daß im Hause alles klappt.“

„Das sieht ihm ähnlich.“

„Es ist mir ja peinlich,“ fuhr Elisabeth fort, „daß ich ihm manches verheimlichen muß. In großen Dingen würde ich ihm auch immer die Wahrheit sagen. Diese kleinen Kollagen aber sind das Del, damit die Maschine nicht knarrt.“

„Daß sie doch knarren!“ erklärte Margret resolut. „Mein Prinzip im Geschäft ist: für gewöhnlich lebenswürdig, aber von Zeit zu Zeit gehörig austrumpfen. Und vor allem kein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Ich an deiner Stelle würde zu Roland sagen: ich habe mein Perlenkollier und meine Brillanten verkauft. Davon leben wir zum Teil. Das ist ein großes Opfer von mir. Unter zehn Frauen würde kaum eine es bringen. Erkenne, was du in mir besitzest. Ich bin ein Juwel — ein Juwel ohne Schmuck. Noch mal sofort einen Kniefall.“

Elisabeth schüttelte lachend den Kopf:

„Roland und einen Kniefall!“

„Wäre vom Standpunkt seines Hofenbodens aus sehr gefährlich. Vom ästhetischen Standpunkte aus vielleicht ein bißchen komisch. Aber vom Ehestandpunkte aus äußerst heilsam. Roland ist ein prächtiger Mensch. Aber als Ehemann — nein! Ich habe ihn doch beobachtet. Die erste kleine Zärtlichkeit erwieb er dir nachhin, als er dir mal den Arm um den Hals legte.“

„Er hat mich trotzdem lieb. Er gehört eben zu den Männern, die sich ihre Liebe nicht anmerken lassen.“

„Was habe ich von einer Liebe, die ich nicht merke? Die ist wie die Perlen im Kasten. Du schabest dir selbst, Elisabeth. Durch deine zu große Güte hast du nur seinen Egoismus großgeräpelt.“

„Es ist nicht Güte,“ erwiderte die Schwester nachdenklich.

„Es ist... ich weiß nicht... mein Charakter. Ich kann über gewisse Dinge nicht mit ihm sprechen.“

Diese halb scherzhafte, halb ernste Unterhaltung wäre noch eine geraume Weile weitergegangen, wenn es Elisabeth nicht eingefallen wäre, daß sie eine notwendige Besorgung vergessen hatte. Da Margret auf den Koffertträger wartete, beschloß sie, sich auf dem Bahnhof zu treffen.

Als Elisabeth fort war, legte Margret den Hut auf, legte Mantel, Schirm und Handschuhe zurecht und nahm wieder Platz.

Draußen mochte eine der vielen traubenförmigen Wolken sich vor die Sonne geschoben haben, denn all das Lichtgefunkel war erloschen, auch auf der nachdenklich im Schaustellfuhl Sitzenden.

Zu der Zeit, da Margret noch in jenem schwierigen Entwicklungsalter steckte, mo niemand, am wenigsten man selbst, etwas mit einem anfangen kann. Hand die um drei Jahre ältere Elisabeth schon im Glanz ihrer Erfolge. Schön, beherrichte, hatten ihre Gaben ihr den Willen, diese Macht auch auszuüben, geradezu aufgezwungen, und wenn die Mütter ihrer Freundinnen sie eine gefährliche Kokette nannten, so taten sie ihr nicht ganz unrecht. In dem Kreis der jungen Mädchen, die damals die Befähigung besaßen, war sie die tonangebende, und es gab wenig junge Männer, die sie nicht vor ihren Wagen gespannt hätte. Noch lange hinterher erzählte man sich von ihren übermütigen Streichen, und wie man gewisse Perioden der Geschichte nach einer hervorragenden Persönlichkeit benennt, sprach man in der braven kleinen Stadt noch jetzt von der Zeit der Elisabeth Frisch als von einer Blütezeit des gesellschaftlichen Lebens. Damals hatte Margret keinen höheren Ehrgeiz befaßen, als zu werden wie ihre Schwester.

Dann kam Elisabeths Verlobung. Man sagte dem Doktor Hoff eine große Karriere voraus, was sich auch zu bewahrheiten schien, denn bald nach bestandenen Examen trat er als Adlatus eines berühmten Gelehrten eine Reise nach Afrika an, um dort die Schlafkrankheit zu studieren. Damals munkelte man, es sei gefährlich, sich im fernen Afrika mit der Schlafkrankheit zu befassen, wenn man daheim eine so schöne Braut zu bewachen hätte. Aber die Lästereien bekamen Unrecht, bald nach Hoff's Rückkehr fand die Hochzeit statt.

(Fortsetzung folgt.)

Erdrückte Einbrüche.

Um der Pleite zu entgehen!

In der letzten Zeit ist es vorgekommen, daß sechs Einbrüche, die an einem Tage gemeldet wurden, sich bei den Nachforschungen der Kriminalpolizei als vorgeklücht erwiesen. Es handelt sich stets um Geschäfte, die in der Inflationszeit gegründet wurden und sich jetzt nicht mehr halten können. Die Inhaber verschieben hoch, verschieben die Ware oder verbergen sie eine Zeitlang und hoffen, sich mit der Versicherungssumme wieder aufbeffen zu können. Das gelingt mitunter, aber nicht immer. Der Nachweis der Erdrückung ist allerdings nicht immer leicht. In der Regel aber machen die Betrüger doch irgendeinen Fehler. Sie kennen die Methoden richtiger Einbrecher doch nicht genau genug.

Kürzlich stießen der Kriminalpolizei einige Seltsamkeiten bei einem Einbruch auf, den ein 30 Jahre alter Posa **W a r R a v e l a** am 1. November gemeldet hatte. Ravella kam vor einigen Jahren mit seiner Frau aus der Schweiz nach Berlin und bekam „hinterherum“ eine 6-Zimmerwohnung. Diese Freude dauerte aber nicht lange. Dessen kam das Wohnungsamt hinter die Schliche und legte das Paar bald wieder vor die Tür. Ravella mietete dann in der Kleinen Hamburger Straße einen Laden, mit dem eine hintere Wohnung verbunden war. Er eröffnete einen Betrieb, in dem er billige Herrenhosen herstellte, aber auch Wäsche und andere Sachen aller Art. Einen zweiten Laden machte er in der Gipsstraße auf. Während er bis dahin alle seine Waren in der Wohnung aufbewahrte, um sie vor Dieben zu sichern, schaffte er sie am 31. Oktober 1924 nach der Gipsstraße. Am nächsten Tage meldete er, daß hier Einbrecher ihm alles gestohlen hätten. Seinen Schaden gab er, weil er hoch versichert war, zunächst auf 55000 M. an. Für die Ermittlung der Einbrecher und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes setzte er eine Belohnung von 5000 M. aus. Noch und noch ermähigte er seinen Anspruch an die Versicherungsgesellschaft auf 23000 M. Der Weg, den die Einbrecher eingeschlagen haben sollten, war etwas merkwürdig. Nach dem Befund an Ort und Stelle mußten sie das Oberlicht der Eingangstür eingeschlagen, durch die Öffnung hinuntergelangt und so von unten „aufgekantelt“ haben. Hiernach mußten sie schon gute Akrobaten gewesen sein. Als ihm im Laufe der Auseinandersetzungen die Versicherungsgesellschaft die Geschäftsbücher abverlangte, waren sie stets beim Bücherregal. Dieser sollte endlich fest, daß vom 1. Dezember an eine neue und geordnete Buchführung eingerichtet worden war. Die Bücher bis dahin hatte Ravella, wie festgestellt wurde, eigenhändig ins Feuer geworfen und verbrannt. Trotzdem bleibt er dabei, daß er den „Einbruch“ nicht ausgeführt habe. Er wurde beobachtet, und nun zeigte sich weiter, daß er nach dem Einbruch an 80 Gläubiger geschrieben und sie gebeten hatte, sich bis zum 1. März 1925 zu gedulden. Dann werde er volle Zahlung leisten. Bis dahin mußte ja wohl auch die Versicherung bezahlt haben, wenn alles gut ging. — In einem anderen Falle wurden die Einbrecher gefaßt. Sie sollten 4000 Meter Stoffe gestohlen haben, wiesen aber nach, daß es nur 1000 Meter waren, die auch wieder herbeigeschafft wurden. Der Bestohlene hatte für die Versicherung noch 3000 Meter daraufgeschlagen. — Von einem Einbruch in ein Konfektions-, Pelz- und Korsettgeschäft hatten die Einbrecher gelesen, die Spezialisten auf diesem Gebiete sind. Sie hoben sich die Sache an, kamen entrißt zur Kriminalpolizei und protestierten dagegen, daß man „Nachmännern“ eine derartige „Arbeit“ zumute. Der Einbruch erwies sich tatsächlich als Schwindel. — Bei einem anderen Einbruch sollten Diebstahl für 45000 M. Pelze erbeutet haben. Wieder erregten einige „Fehler“ Verdacht. Er erwies sich als richtig. Der „Bestohlene“ hatte vor dem Einbruch alle Pelze zu Verwandten nach Hamburg geschickt. Das sind nur einige Musterbeispiele aus vielen alltäglichen Fällen.

Die Unterschleife bei der Reichsdruckerei.

Wertzeichen und Banknoten im Betrage von Hunderttausenden, mindestens sogar Millionen Goldmark, wurden im April vorigen Jahres bei der Vernichtungsstelle der Reichsdruckerei in der Dränenstraße von dem Arbeiter Wilhelm Hertwich herausgeschafft und in den Verkehr gebracht. Hertwich hatte den Auftrag, Wertzeichen und Banknoten, die einige kleine Fehler aufwiesen, mitunter von so geringer Bedeutung, daß man sie nach dem Urteil der Sachverständigen nur durch sorgfältige Untersuchung mit der Lupe erkennen konnte, zu vernichten. Er hatte besonders günstige Umstände ausgenutzt, die Sachen an sich zu bringen, wenn der Ueberwachungsbeamte anderweitige schriftliche Eintragungen machen mußte, oder wenn er ans Telefon gerufen wurde. Der Sohn des Hertwich, der Arbeiter Karl Hertwich, hatte sich dann mit mehreren Personen zu einer Art Wertverwertungsgesellschaft zusammengesetzt. In vielen Fällen ist es dem Konsortium gelungen, die Wertzeichen bei der Post an den Schalter zum Umlauf zu bringen. Besonders schwierig war der Umlauf und die Verwertung der hohen Wechselstempelmarken. Da verübte man u. a. folgenden Trick. Der Wertangelegte, Geschäftsführer Ehtemeyer, der 15 Wechselstempelmarken erhalten hatte, übergab diese mit Tinte und wandte sich dann mit dem Antrage

auf Rückerstattung des Betrages an das Finanzamt, weil er sich inzwischen für die entwerteten Marken schon beim Postamt Ersatz gekauft hätte. Tatsächlich gelang ihm der Schwindel auch, und er erhielt dreitausend Mark zurückerstattet. Bei dem Umlauf von 10-Reutenmark-Scheinen, denen sie durch Verbrennen nachgeholfen hatten, wurde ein Teil der Beteiligten verhaftet, andere wurden teils in Hamburg, teils in Berlin bei dem Versuch, Wechselstempelmarken bei den Postämtern umzutauschen, festgenommen. Der alte Hertwich verfuhr dem Gericht glauben zu machen, daß er die Wertgegenstände nur mitgenommen habe, um sie seinen Entkennern als Spielmarken zu schenken, eine Ausrede, die das Gericht als Kindermärchen bezeichnete. Der Hauptschuldige, der alte Wilhelm Hertwich, wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt und sofort in Haft genommen, die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr und darunter, bzw. zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Nur ein Angeklagter wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Kreis-Mitgliederversammlungen!

Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr:

Mitte: Musikertale, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Referent: Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Diergarten: Arminiusshallen, Bremer Str. 72. Referentin: Mathilde Wurm, M. d. R.

Tagesordnung: Der Rechtskurs in Deutschland.

Ein königliches Amtsgericht.

Das Belmori königlich muß doch entschieden für bestimmte Kategorien von Menschen von ganz eigenartigem Reiz sein. Sie müssen es immer wieder anwenden, auch wenn sie sich dadurch lächerlich machen. Wenn indessen ein preussisches Amtsgericht sich auch heute noch königlich nennt, so ist das ein großer Unfug, den man nicht ungerührt vorübergehen lassen darf. In der Nr. 7 des „Anzeigers für den Norden“ vom 9. Januar 1925 finden wir eine Bekanntmachung des preussischen Amtsgerichts Berlin-Pankow, durch die in der üblichen und vorgeschriebenen Weise das Urteil in einer Klage und der Name der Beurteilten mitgeteilt werden. Unterschriften ist diese Publikation vom Justizsekretär (Name unleserlich), Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts! Urteile werden in der Republik im Namen des Volkes erlassen, Herr Justizsekretär! Das sollten Sie wissen, und wenn Sie es nicht wissen, wird Ihnen hoffentlich der vorgelegte Amtsrichter den Standpunkt darüber gehörig klar machen.

Das Konsortium der Spritschieber.

Auch Kopp in Rotterdam verhaftet.

Einer der Urheber der Spritschleibungen, deren Aufdeckung seinerzeit so großes Aufsehen erregte, nämlich gar der Haupturheber, war ein 28 Jahre alter aus Reg gebürtiger Kaufmann Franz Kopp aus der Landshuter Str. 16, der sich auch Dr. Kopp nannte. Dieser betrieb in Tempelhof eine Parfümeriefabrik. In Verbindung mit dem Generaldirektor Hermann Weber aus Schladenssee und zwei noch jüngeren Apothekern Ruben und Solomoni bezog er vom Konsortium Spirit, der vergällt werden und zur Herstellung von Essenzen, Nektaren und anderen chemischen Sachen dienen sollte. Durch Bestechung von Beamten erhielt die Gesellschaft aber nicht vergällten, sondern reinen Spirit. Bezahlt wurde nur für vergällten Spirit, und so erbeutete die Gesellschaft, die den reinen Spirit weiter verschob, mehrere Millionen. Als das Finanzamt diese Schleibungen aufdeckte, war Kopp bereits verschwunden. Weber wurde festgenommen, entwich, wie wiederholt berichtet, aus seiner Villa, wurde aber kürzlich in Prag wieder verhaftet. Die Spuren Kopp's führten nach Holland, gingen aber dort zunächst verloren. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß er sich nach London gewandt hatte und daß er zwischen London und dem Haag fähig hin und her pendelte. Es wurde weiter ermittelt, daß er vom Haag aus öfter Rotterdam besuchte, und daß er hier die erbeuteten Kapitalien deponiert hatte. Gestern gelang es, ihn festzunehmen, als er vom Haag in seinen Gelbungsgeheimnissen wieder nach Rotterdam kam. Er wurde von der holländischen Postgel in das Gerichtsgefängnis gebracht. Sein Depot wurde sofort gesperrt und sichergestellt. Das Auslieferungsverfahren ist bereits in die Wege geleitet. Kopp hatte keine Wohnung am 4. Kuwest n. 3. bereits verlassen, ohne ein Ziel anzugeben. In seiner Begleitung in Rotterdam befand sich ein junges Mädchen K. aus Schöneberg, zu dem er als Junggefelle bereits früher Beziehungen unterhielt.

Kirchenwahlen finden am nächsten Sonntag, den 25., in den evangelischen Gemeinden Berlins statt, meistens in der Zeit von 11 1/2 bis 4 oder 5 Uhr. Diejenigen Parteigenossen, die noch Mitglieder der Kirche sind und sich feinerzeit in

die Kirchentafelkarte haben eintragen lassen, sollten nicht ver säumen, ihr Wahlrecht auszuüben dort, wo einem positiv-orthodoxen ein religiös-sozialistischer oder wenigstens ein freisch-liberaler Wahlvorschlag gegenübersteht. In Trinitatis (Charlottenburg) und in der Kirchengemeinde Neukölln haben die religiösen Sozialisten eine eigene Liste aufgestellt. In Heilig-Kreuz (Berlin) haben die Liberalen eine Anzahl religiöser Sozialisten in ihren Wahlvorschlag mit aufgenommen.

Belehrungsabend Geseh-Berlin. Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Schilder-Zaal (neben dem Schiller-Theater): Kullische Komödie. Preis 1 M. Karten in den bekannten Verkaufsstellen.

Volkshildegemeinschaft Kreuzberg. Am Dienstag, den 27. Januar, findet im Bezirksamt Kreuzberg, Poststr. 11, ein Bildungabend statt, an dem Siegfried Schuler über Wähler sprechen wird. Der Vortrag wird durch Erläuterungen am Flügel und durch Gesang unterstützt. Bei genügender Beteiligung wird im Anschluß ein arbeitsgemeinschaftlicher Ausflugs- eintritt. Eintrittspreis 50 Pf. für Mitglieder und Jugendliche 30 Pf. Karten sind im Volkshildegemeinschaftsamt, Poststr. 11, Zimmer 20, und an der Abendkasse zu haben.

Sperrlo. Ein neuer Kurort beginnt heute Freitag, den 23. d. Mis., abends 1/8 Uhr, im Schulhaus Neustadtstr. 10, Neukölln. Leiter: Gerold Wittbradt.

Die 20 Opfer des Menschenschlächters.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Magd veröffentlicht zum Fall Denke folgenden Aufruf: Nach den bisherigen Ermittlungen ist anzunehmen, daß nachstehend aufgeführte 20 Personen Todesopfer des am 22. Dezember 1924 durch Selbstmord geendeten Karl Denke in Münsterberg geworden sind. Die Zahlen hinter dem Namen bedeuten den mutmaßlichen Todeszeitpunkt.

1. Heinrich Bruchmann (2. 2. 1914), Tischler, geb. am 18. 5. 1849 in Kammermoldau, Kreis Schönau.
2. Franz Weiß (11. 4. 1914), Tagelöhner, geb. 2. 10. 1858 in Puchendorf bei Mähr. Trübau.
3. Johann Riese (14. 9. 1914), Schneider, geb. 12. 2. 1858 in Unter-Schreibendorf, Kreis Strehlen.
4. Robert Lorenz (4. 7. 1915), Fleischer, geb. 5. 3. 1850 zu Silberberg, Kreis Frankenstein.
5. Oswald König (15. 8. 1915), Schneider, geb. 20. 10. 1849 zu Dauer.
6. Paul Burg (24. 2. 1916), Arbeiter, geb. 24. 12. 1864 zu Neobühl, Kreis Münsterberg.
7. Johann Gröger (25. 4. 1917), Schneider, geb. 19. 1. 1885 zu Freimoldau.
8. Emil Eger (13. 8. 1917), Brauer, geb. 2. 7. 1853 in Zeitz, Kreis Magd.
9. Josef Kierlich (22. 12. 1917), Arbeiter, geb. 17. 4. 1853 zu Dürr-Arnsdorf, Kreis Reife.
10. Hermann Müller (18. 1. 1921), Schlosser, geb. 12. 8. 1860 zu Weilmannsdorf, Kreis Lauban.
11. Oskar Heinzel (11. 2. 1921), Arbeiter, geb. 4. 12. 1871 in Braunau.
12. Julius Busch (13. 3. 1921), Bäcker und Pfefferkühler, geb. 27. 11. 1945 zu Mi-Heinrichau, Kreis Münsterberg.
13. Wilhelm Rathmann (15. 10. 1921), Arbeiter, geb. 15. 8. 1879 in Frankenstein.
14. Karl Becker (12. 1. 1922), Arbeiter, geb. 15. 8. 1859 zu Friedland, Kreis Falkenberg.
15. Hermann Kuchinke (9. 3. 1922), Gärtner, geb. 30. 10. 1852 zu Hintertochau, Kreis Magd.
16. Adolf Salisch (19. 1. 1923), Bäcker, geb. 5. 8. 1874 in Hussine, Kreis Strehlen.
17. Max Heidenreich (18. 1. 1924), Schmied, geb. 25. 9. 1874 zu Breslau.
18. Kaspar Hubalek (20. 4. 1924), Arbeiter, geb. 10. 1. 1879 zu Lensdorf, Kreis Senftenberg. Wer davon Kenntnis hat, daß einer der Vorbezeichneten nach dem als Todestag angenommenen Zeitpunkt noch gelebt hat, wolle dies alsbald zu dem Anzeigen 4 D. 1235/24 anzeigen.

„Abrüstung.“

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das britische Kriegsschiff „Monarch“ von der Atlantischen Flotte ist am Mittwoch gemäß dem Washingtoner Abkommen über die Abrüstungsbedingungen zur See bei den Scyth-Ankeln zerstört worden. Es wurde zur Rückkehr schwerer Schiffsgeschütze und eines Bombenangriffes aus der Luft gemacht.

Nicht Personen im Schlaf ermordet. In der vergangenen Nacht wurde in Cagliari (Sardinien) eine Familie von acht Personen in Verzu aus unbekanntem Grund in der Schlaf ermordet. Die Mörder sind unerkannt entkommen.

Ein Todesurteil. Wegen Ermordung des Oberlandjägers Rühlhorn in Lünen verurteilte das Schwurgericht den 23-jährigen Bäcker Anton Trendt aus Lünen zum Tode und wegen Diebstahls und Waffentragens zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, die mitangeklagten Brüder Fritz und Otto Hagemann aus Lünen wegen Beihilfe zu 1 1/2 bzw. 1 Jahr Gefängnis. Trendt hatte im Mai u. J. als er wegen Diebstahls bei einem Landwirt verhaftet werden sollte, den Oberlandjäger Rühlhorn erschossen. Die erst 18 und 20 Jahre alten Brüder Hagemann befanden sich bei der Ausführung des Diebstahls in der Gesellschaft des Mörders und hatten ihm auch die Schusswaffe gegeben.

Der Tag der AMATEURE

Ist der Titel eines Geburtstagsartikels, den Friedrich Decker-Hamburg in der heutigen Nummer der „Sendung“ dem von ihm bisher geleiteten Deutschen Funkartell zum einjährigen Bestehen widmet.

Der beste Kenner des Amateurwesens fordert hier den

ABBAU

der Audion-Versuchserlaubnis

wel diese Erlaubnis nicht mehr notwendig sei und der gesamten Entwicklung des Funkwesens unangenehme Hindernisse bereite. Jeder Funkfreund, jeder Bastler, aber auch jeder, der sich mit dem Funkwesen theoretisch oder praktisch, technisch oder organisatorisch beschäftigt, muß die Donckerschen Ausführungen kennen, um zu dieser brennenden Frage Stellung nehmen zu können.

Die Sendung

Ist überall im Straßenhandel, in den Kiosken, im Bahnhofsbuchhandel und in vielen Radiogeschäften zu haben. Das Heft kostet

20 Pfennig

VERLAG HERMANN RECKENDORF
BERLIN W 35

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 23. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse.)
Handelskurs. Fritz Langstadt: „Formen der Kapitalbeteiligung.“
1. Vortrag: „Offene Handelsgesellschaft, Stille Gesellschaft, Kommanditgesellschaft.“ 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Das Wilde Not im Winter.“ 7.30—8.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 7.30 Uhr abends: Medizinische Vorträge. Prof. Dr. Lewandowski: „Die körperliche Ertüchtigung der Jugend.“ 1. Vortrag: „Leibesübungen und Gesundheit bei zum Schulbeginn.“ 8 Uhr abends: Naturwissenschaft. Oberingenieur Gramatik: „Moderne Astronomie.“ 1. Vortrag: „Wie erforscht der Astronom das Weltall.“ 8.30 Uhr abends: Volkstümlicher Abend. 1. a) Weihenlied, W. A. Mozart, b) Abendlied C. F. Adam, c) Wiegenlied (bearbeitet von Zander) J. Brahms, d) Adä, Volkweise, bearbeitet von M. Böhm (Felix-Schmidt-Quartett): Doppelquartett des Berliner Lehrer-Gesangvereins. Musikalischer Leiter: Willi Gneiß. 2. a) Frühlingsküsse, Hans Brenner, b) Wästen-groll, Schmidt-Cabanis, c) Ueber das vierhändige Klavierspiel, Omin (Emil Kühne, Rezitation). 3. Allegro aus dem Divertimento, W. A. Mozart (Nordisches Fagott-Trio: Artur Menzer, Albert Brock und Willi Heese). 4. a) Unruhe (bearbeitet von E. Silcher) Fr. Glück, b) Mein Heimatlied, Volklied, Fr. Wagner, c) Zu ihren Füßen, A. v. Ottegraven, d) Slavonisches Ständchen, bearbeitet von H. Jüngst (Felix-Schmidt-Quartett). 5. Tanz im Landschloßchen, Weissenborn (Nordisches Fagott-Trio). 6. a) Der Spielmann ist da, R. Heyne, b) Abschied, A. Kirch, c) Tanz und Gesang, A. Zander, d) Trübsinn, Volklied, bearbeitet von A. v. Ottegraven (Felix-Schmidt-Quartett). 7. a) Die Liebe ist ein Galligen (H. Branner) Bogumil Zepier, b) Gehet zu zu seinem Mädchen (A. de Nora) Bogumil Zepier, c) Das Bummelstück, Bogumil Zepier (Emil Kühne, Lieder zur Laute). 8. Mitternächtliche Wachtperle, Weissenborn (Nordisches Fagott-Trio). Am Flügel: Otto Uraek. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Der Deutsche Rundfunk... 211e Programm... 40 Pfennig... Abonnementbestellung durch jeden Briefträger

Jeder FUNKBASTLER

und wer es werden will

findet in der heutigen Nummer der „Sendung“ Antwort auf die einfachste sowohl wie wichtigste Frage, die jeden Funkbastler beschäftigt: Wie nämlich das Handwerkszeug des Bastlers aussehen soll.

Etwas vom Basteln selbst

nimmt Prof. Dr. Heinrich Wigge seinen mit vielen Abbildungen versehenen Aufsatz, in dem er aus der wissenschaftlich erfahrene Fachmann alle Hilfsmittel, Handwerkszeuge und Kunstgriffe gemeinverständlich schildert, die die Voraussetzung für den Selbstbau sind. Auch der geübte Bastler wird hier manchen praktischen Wink finden, der ihm neu ist. Der Artikel, der in dem Rahmen der „Sendung“ erscheint, ist in sich abgeschlossen.

Die Sendung

Ist überall im Straßenhandel, in den Kiosken, im Bahnhofsbuchhandel und in vielen Radiogeschäften zu haben. Das Heft kostet

20 Pfennig

VERLAG HERMANN RECKENDORF
BERLIN W. 35.

Die Abstimmung im Reichstag.

Der Billigungsantrag mit 246 gegen 160 Stimmen und 39 Enthaltungen angenommen.

Nachdem Abg. Behrens (Dnt.) in der gestrigen Reichstags- Sitzung auch in Preußen dieselbe Aenderung wie im Reich ver- langt hatte, ergliff

Abg. v. Kardorff (Dop.) das Wort: Die Bildung der jetzigen Regierung auf einer breiteren Basis ist einzig und allein durch die Demokraten gescheitert, denn das Zentrum war ja bereit, mit- zumachen. Die Sozialdemokraten haben eine beispiellose Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze erreicht. Mit dem heutigen System wird es auf die Dauer nicht gehen. Das hat sogar der demokratische Professor Meyer erkannt. (Abg. Schulz-Bronberg (Dnt.): Wenn das Graf Westarp gesagt hätte!) Der Kampf zwischen den beiden christlichen Konfessionen sollte nicht verschärft werden, er sollte nur darin bestehen, sich in der Betätigung christlicher Nächstenliebe zu über- treffen. Mit der vom Zentrum geforderten Parteilichkeit läßt sich die dauernde Fernhaltung der Deutschnationalen in Preußen nicht vereinbaren. Das wird von weitesten evangelischen Kreisen bitter empfunden. Das bedeutet eine schwere Gefährdung des konfessionellen Friedens, unter der nicht nur das preussische, sondern das ganze deutsche Volk leiden würde. Darum verständigen Sie (zum Zentrum) sich lieber mit den positiv ge- richteten evangelischen Kreisen, anstatt mit den das Christentum ablehnenden sozialistischen Kreisen. Einmaligen begründeten Klagen sind wir bereit, unbedingt abzugeben. Von der Kanzel soll die Politik allerdings fernbleiben, aber auch der Geistliche hat das Recht der freien Meinungsäußerung. Es handelt sich im übrigen um einzelne Entstellungen. Der Reichstag ist andererseits kein evangelischer Oberkirchenrat. Der Abg. Koch hat sicherlich manche begeisterte Kaiser-Geburtsstags-Fest- mitgemacht. (Große Heiterkeit.) Auch ist er Mitglied des Herren- hauses gewesen. Warum hat er nicht den „Mannesmut vor Königs- thronen“ bewiesen? (Als der Redner sich gegen die sozialdemo- kratische Fraktion wendet, wird er von dieser und den Demokraten mit stürmischen Entrüstungsrufen bedacht.)

Heute handelt es sich nicht um die Frage, Republik oder Monarchie, sondern Republik oder Chaos.

Den Barmat-Standal sollte man jetzt, vor seiner völligen Aufklärung, noch nicht politisch ausschlagen. Zu beanstanden ist nur die Herabgabe von Millionenkrediten an zweifelhafte Unter- nehmungen, während bestmögliche solide Unternehmen sich noch Krediten von 3000 bis 7000 M. die Hand abließen. Wir werden sorgfältig zu prüfen haben, ob dabei Verschleudungen von Beamten vorgekommen sind. Vor allem werden wir zu untersuchen haben, ob auf die Herabgabe dieser Kredite irgendwelche parlamentarische Einflüsse vorhanden gewesen sind. Sollte dies der Fall sein, so haben alle Parteien das gleiche Interesse an der Ausmerzung solcher Ele- mente, und ich werde solche Vorkommnisse dann nicht der ganzen Partei in die Schuhe schieben.

Abg. Schneider (Komm.): Der erste deutschnationale Redner hat ganz genau gesagt, worauf es diese Partei ankommt, nämlich darauf, die Regierung und Verwaltung in die Hand zu bekommen. Des- selbe Ziel verfolgt die SPD. im Preussischen Landtag. Wir haben keinen Anlaß, weder hier noch dort solche Bestrebungen zu unter- stützen. Bei den Barmat-Standalen sollte Hermann Müller doch auch einmal etwas von seinen persönlichen Beziehungen zu Barmat erzählen. (Unruhe und Juristerei bei den Soz.) Man bemüht sich, bei allen bürgerlichen Parteien den Barmat-Standal zu ver- suchen, an dem auch der Deutschnationale Hug en b e r g beteiligt ist.

Abg. Dr. Haas (Dem.)

wendet sich gegen die scharfe Polemik des Abg. v. Kardorff (Dop.) gegen die demokratische Fraktion. Wenn jetzt auch die Deut- schnationalen erkennen würden, daß es sich um Republik oder Chaos handle, so wäre das ein zu begrüßender Fortschritt. Gleich nach der Bildung der Streifemannschen großen Koali- tion sei die Unruhe in der Deutschen Volkspartei los- gegangen, die von dem Bündnis mit der Sozialdemokratie wieder loskommen wollte. Die Volkspartei hat draußen im Lande ihren Reuten immer gefaßt, sie wollen nichts mit den Sozialdemokraten zu tun haben. Die Leute draußen wurden nun ruhig, und da wurde die Partei nervös.

Die Sozialdemokratie hat damals mit Zustimmung aller Staats- leiter, auch des bayerischen, die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes gefordert, und das benutzte die Volks- partei zum Sturz des Kabinetts.

Wenn danach sich ein Koalitionskabinet nicht mehr bilden konnte, so lag das an der Volkspartei. Die Tatsache, daß eine Krise nach der anderen kam, ist auf Rechnung der Volkspartei zu legen. Auch das letzte Kabinet haben Sie (zur D. Sp.) geführt, ohne zu wissen, wie ein anderes aussehen würde. Ob das neue Kabinet schon ausgefallen ist, darüber sind die Meinungen geteilt. Wir Demokraten konnten uns an ihm nicht beteiligen.

Käme es zu einer wirklichen Vertrauensfrage, so würde außer der Deutschen Volkspartei keine einzige Partei des Hauses dieser Regierung im Sinne des bürgerlichen Vertrauens ihr Vertrauen entgegenbringen. (Heiterkeit.)

Ich habe den Grafen Westarp immer gerne gehört, aber diesmal war es nicht der frühere Graf Westarp, er hat diese Rede mit gebrochenem Rückgrat gehalten. (Zustimmung links.) Seine Rede enthält auch ein gut Teil Mißtrauen gegen die neue Regie- rung. Vielleicht ist die Zeit auch gar nicht fern, in der die Deut- schnationalen diesem Kabinet Schwierigkeiten machen. Vielleicht werden Sie von uns in den nächsten Wochen lernen, wie sich eine Opposition tatsächlich bewegt. Ihre Opposition (nach rechts) in den letzten Jahren war keine sachliche und keine natio- nale. (Zustimmung links.) Die Außenpolitik des früheren Kabinetts war unterstützt von den Sozialdemokraten, wurde aber bekämpft von den Deutschnationalen. Jetzt stehen Deutschnationale im Kabinet, die Sozialdemokratie ist ausgeschlossen. Ihnen (nach rechts) scheinen doch gewisse Rücksichten der Innenpolitik wichtiger gewesen zu sein, als die Außenpolitik. Heute gilt es, die Staats- autorität zu befestigen.

es gibt aber keine Staatsautorität heute ohne die Republik.

Ist etwa Scheidemann so taktlos der Monarchie gegenüber gewesen, wie es viele monarchistische Herren gegenüber der Republik gewesen sind? Warum leistete Herr Neuhaus jetzt den Eid auf die Republik? Hat er in der Zwischenzeit begriffen, das deutsche Volk könne nur gerettet werden auf dem Boden der Repu- blik? So viel aber steht fest, daß die Republikaner aller Rich- tungen die Ernennung des Herrn Neuhaus als ganz schwere Provokation empfinden. (Zustimmung links.) Das Magdeburger Urteil gefährdet in höchstem Maße das Ansehen der deutschen Justiz. (Große Unruhe rechts.) Abg. Schulz-Bronberg ruft: Und das sagt ein deutscher Jurist! Ein schweres Un- recht ist es, das demokratisch-parlamentarische System für alles Unheil verantwortlich zu machen. Dieses System hat den Zu- sammenhalt des Reiches gerettet. Was für ein System wollen Sie (nach rechts) denn? Sie wollen wohl ein System wie das eng- lische mit einem König, im übrigen Demokratie und Parlamentarismus?

In den Reihen der Rechten gibt es überhaupt keinen denken- den Menschen (lebhafter ironischer Beifall links), der ein anderes System überhaupt wünscht.

Darum sind auch Ihre Reden über Demokratie und Parlamentarismus hinfällig.

Wie wir unser Mißtrauen gegen das Kabinet formulieren werden, wird die Abstimmung zeigen. Wir bringen der Regierung Vertrauen nicht entgegen. Die Zugehörigkeit Gehlers zum Kabinet kann eine Brücke zwischen Demokraten und Kabinet nicht schlagen. Das Kabinet wird unsere Unterstützung auf dem Gebiet der Außen- politik finden, wenn es die Linie der bisherigen Außenpolitik ein- nimmt. Wir wollen auch hoffen, daß das Kabinet ganz energisch sich einsetzen wird für die republikanische Staatsform. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Hampe (Wirtsch. Vereinig.) wendet sich gegen die Woh- nungswirtschaft und nennt das neue Schanzenteufelgesetz eine neue Zwangswirtschaft. Der Redner verlangt Beilegung aller

Bezirksverband Berlin SPD.

Allgemeine kommunale Konferenz

Montag, 26. Januar, abends 7 Uhr.

im Stadtverordnetenversammlungssaal des Berliner Rathauses.

Tagesordnung:

„Die Parteien im Rathaus. — Berliner Kommunalpolitik.“

Referenten:

Stadtv. Wilhelm Reimann, Bürgermeister Robert Kohl.

Daran nehmen teil: Alle SPD-Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- und Bezirksamtmitglieder, die Mitglieder des Bezirks- vorstandes und die Mitglieder der kommunalen Kommissionen.

Das SPD-Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Sonderbesteuerung und Besteuerung nach dem tatsächlichen Ein- kommen. Mit der Steuerreform muß Hand in Hand gehen die Rückgabe der Steuerhoheit an die Länder. Auf landwirtschaftliche Schutzzölle können wir nicht verzichten, es kann sich nur noch um ihre Höhe handeln. Der gewerbliche Mittelstand muß geschützt werden vor gewissen genossenschaftlichen Bildungen. Wir werden der neuen Regierung durch Annahme der Billig- keitsformel unser indirektes Vertrauen aussprechen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf zu Revenlow (Katz.) bezweifelt den Willen zur Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets bei der Entente und erklärt es vom christlichen Standpunkt für verwunderlich, daß anfangs nichts geschehen ist, um zu verhindern, daß die heiligen Stätten wieder in jüdische Hand kommen sollten. (Juristerei bei den Soz.) Ich spreche ja nicht von Ihnen, sondern von den evangelischen und katholischen Kreisen. (Abg. Reil (Soz.): Sie sind doch Boten- anhänger!)

Damit ist die politische Aussprache beendet.

Zeitfreiwillige und Corps.

Abg. Dreißheid (Soz.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, er habe in seiner Rede festgestellt, daß der Landesvertrags- paragraph nicht gegen die studentischen Korporationen angewendet worden sei, die offen die Zeitfreiwilligen zum Eintritt in die Reichswehr aufgefordert hätten. Gerade das starke Publikationsbedürfnis dieser Verbände habe ich erwähnt, und ich verstehe nicht, weshalb Sie sich gegenüber den sozialdemokratischen Blättern enträsten, die daselbst Recht in Anspruch nehmen. In meinen Ausführungen war keinerlei Gefahr enthalten, daß das Ausland Kapital daraus gegen Deutschland schlagen könnte. Ausdrücklich habe ich gesagt, wie lächerlich es sei, wenn man von diesen paar Studenten erwarten wollte, daß sie einen Revolutionskrieg vorbereiten könnten. Ich habe gerade festgestellt, daß sich die U- brückung in Deutschland so vollzogen habe wie in keinem an- deren Lande und daß kein noch so ausgeklügelter Vertrag es verhindern könne, daß ein Volk für seine politische Freiheit ein- trete. Es kann also kein Mensch einen Vorwurf gegen mich erheben, daß ich irgendwie tatsächlich vorhandene nationale Interessen ge- schädigt habe.

Minister Neuhaus und der Treueid.

Abg. Fischbein (Dem.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, der Reichsanwalt habe gestern bei der Verlesung des Brie- fes, den er als Handelsminister an seinen damaligen Mini- sterialdirektor Dr. Neuhaus gerichtet habe, eine Stelle aus dem Zusammenhang gerissen und damit falsche Schlüsse herbeigeführt.

Dr. Neuhaus habe nach Annahme der Weimarer Verfassung in einem Schreiben erklärt, er könne es mit seinem Gewissen und Ehrgefühl nicht vereinbaren, einen Treueid der Republik zu leisten, nachdem er früher unter Anrufung Gottes dem König seinen Eid geleistet habe. Er stellte dann die Frage, ob er in diesem Moment aus dem Amt scheiden könne.

Damals führten wir wichtige handelspolitische Ber- handlungen, für die die Arbeit Dr. Neuhaus' unentbehrlich war. Darum habe ich mit Zustimmung des Gesamtkabinetts in seine Weiterbeschäftigung unter Entbindung von der Eidesverpflichtung gewilligt. Es stand aber selbstverständlich fest, daß eine dauernde Beschäftigung ausgeschlossen war. Ich weiß nicht, wie der Reichsanwalt auf mein damaliges Verhalten exemplifizieren kann. Betrachtet er die jetzige Ministerstellung Dr. Neuhaus' vielleicht auch nur als eine vorübergehende Weiter- beschäftigung. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Dop.) weist den Vorwurf der Demagogie, den ihm der Abg. Haas gemacht habe, zurück. Er habe den Abg. Koch nach keiner Richtung aus seinem Estimationswechsel einen Vorwurf gemacht, sondern nur daraus, daß er, der doch unter dem alten System als Oberbürgermeister von Rassel auch an lei- tenden Stelle gestanden habe, in solcher Weise von diesem System gesprochen hat, unter dem er doch manche begeisterte Kaisergeburts- tagsrede gehalten hat. Wenn der Abg. Koch als Oberbürgermeister von Rassel vom Minister des Innern zum Diner eingeladen worden wäre, so wäre er hingegangen und hätte sich geschmeichelt gefühlt. (Heiterkeit.)

Abg. Koch (Dem.) stellt fest, daß er als junger Bürgermeister für die Gleichberechtigung der Sozialdemokraten eingetreten ist und Kritik an dem alten System geübt habe, als es noch gefährlich war, dagegen auszutreten.

Deutschnationale und Kreditstandale.

Abg. Bruhn (Dnt.): Es ist so dargestellt worden, wie es der Sozialdemokratie paßt, als ob wir uns in der Barmatsache schuldig vor die Reichspost gestellt hätten. Ich habe selbst im Verwaltungsrat die Reichspostverwaltung nach ihren Kreditge- währungen gefragt und auf die ganze Angelegenheit aufmerksam ge- macht, insbesondere darauf, daß die Banken dann aus diesen Krediten Bucherzinsen erzielt hätten. (Redner verliest die Protokolle dar- über.) Die Sozialdemokraten verhielten sich dabei ganz still, und ich fragte deshalb den Abg. Steinkopf, warum seine Partei sich in dieser Sache so still verhielt. Ich habe ferner die 40 Millionen an Michael mißbilligt.

Abg. Körner (Dnt.): Herr Müller hat auch meinen Namen genannt. Ich habe im Verwaltungsrat der Reichspost hingewiesen, daß die Geldanlagen der Post das Vertrauen in die Verwaltung erschüttern müßten. Man kann mir nur vorwerfen, daß ich im Juli mir noch nicht denken konnte, daß der Postminister im Oktober so gemissenlos mit den Postgeldern umgehen würde.

Abg. Steinkopf (Soz.): Der Abg. Bruhn hat behauptet, daß ich in der Debatte des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats der Post, die in der Sitzung vom 7. Januar geführt wurde, ge- schwiegen habe. Ich stelle fest, daß ich in dieser Sitzung, die auf meine Veranlassung einberufen war, sechsmal gesprochen hatte. Herr Bruhn allerdings hat neunmal gesprochen. In der heuti- gen Debatte sind zwei Dinge durcheinandergeworfen worden, und zwar die Sitzung vom Juli und 7. Januar. Als im Juli die Richtlinien ausgearbeitet wurden, habe ich verlangt, daß stärkere Bedingungen an die Geldübergabe geknüpft werden. Ich drang damit aber nicht durch, so daß ich damals schon eine Aussprache darüber im Reichstag angekündigt hatte. Erst in der Januar-Sitzung hat Herr Bruhn Kritik geübt, ebenso wie auch andere Redner. Ich konnte mich dieser Kritik anschließen. Herr Bruhn hat sich gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gewandt. Er hat damals geäußert, daß er den Minister nicht stürzen wolle, da er als Minister gehandelt habe. Es kommt nicht darauf an, was man heute zu diesen Dingen sagt, sondern wie man vorher zu ihnen ge- standen hat. Ich bedauere, daß die Angelegenheit jetzt schon hier be-prochen wurde, bevor die Untersuchung stattgefunden hat.

Hillers Sektgelage.

Abg. Feder (Katz.) widerspricht der Behauptung des Abg. Müller-Franken, daß auch Hiller Sektgelage veranstaltet habe, wie aus einem Brief des Herrn Feder hervorgeht.

Müller-Franken (Soz.): Ich bin in meinen Ausführungen nur auf die Dinge eingegangen, die von Herrn Graefe angeklagt worden sind. Was die Behauptung des Herrn Feder anlangt, daß der von mir erwähnte Brief eine Fälschung sei, so stelle ich fest, daß dieser Brief in der Broschüre enthalten ist, die vom Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei heraus- gegeben wurde. Es heißt darin, daß man mit wechselnder Sorge dem Verhalten der völkischen Führer zusehe, Hiller schade im Kreise schöner Frauen Katerganz, in Berchtesgaden seien Sektgelage ver- anstaltet worden. Bisher muhten wir annehmen, daß das Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei wahre Mitteilungen ver- öffentlichte würde.

Abg. Bruhn (Dnt.) bleibt dem Abg. Steinkopf gegenüber bei seinen Behauptungen.

Abg. Schumann (Soz.): Herr Bruhn hat behauptet, ich habe im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Post mich damit ein- verstanden erklärt, daß Michael 60—70 Proz. Zinsen nehme. Diese Behauptung ist ein Beweis dafür, daß Herr Bruhn nicht über die Fähigkeit verfügt, bestimmte Dinge in der Erinne- rung zu behalten. Herr Bruhn hat ausdrücklich erklärt, daß er die Handlungsweise des Postministers als Politiker verstehe, und daß er nicht die Absicht habe, ihm Schwierigkeiten zu bereiten, die evtl. zu seinem Sturz führen könnten. Nach dem Protokoll habe ich es lediglich als verständlich bezeichnet, daß die Postverwaltung Herrn Michael, der ihr in der schweren Zeit, wo die Post keine Gelder zur Auszahlung hatte, Geld zur Verfügung stellte. Wenn Herr Bruhn behauptet, daß ich die hohen Zinsen gebilligt hätte, die Michael später selbst genommen haben soll, so ist das eine Unwahrheit. Ich muß feststellen, daß er meine Ausführungen im Arbeitsausschuß vollständig falsch wiedergegeben hat.

Abg. Feder (Katz.) erklärt unter immer stärker anschwellen- der Unruhe des Hauses, daß kein Wort von dem wahr sei, was der Abg. Müller gegen ihn behauptet habe.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen abgeschlossen.

Die Abstimmung.

Präsident Lohé schlägt vor, zuerst über den Billigungsantrag der Deutschnationalen abzustimmen.

Abg. Stoeker (Komm.) wünscht dagegen, daß zuerst über die Billigungsvotum der Sozialdemokraten und der Kommunisten ab- gestimmt werde.

Das Haus entscheidet sich für den vom Präsidenten vorge- schlagenen Modus.

Der Antrag der Deutschnationalen mit Unterstützung des Zen- trums, der Deutschen Volkspartei der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei lautet: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“

In der namentlichen Abstimmung stimmen diese Parteien mit 1a, mit Ausnahme der Zentrumsmitglieder Wirth und Joos, die Stimmzettel abgeben. Die Nationalsozialisten und die demo- kratische Fraktion geben blaue Zettel ab, enthalten sich also der Stimme. Die Sozialdemokraten und Kommunisten geben die roten Klein-Zettel ab.

Das Ergebnis

Ist die Annahme des Billigungsvotums mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Stimmenthaltungen. Damit sind die Miß- trauensanträge erledigt.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf wegen eines deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen angenommen. Ein Gesetzentwurf zur Abände- rung des Handelsgesetzbuches und des Genossen- schaftsgesetzes wird an einen Ausschuß verwiesen. In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf über die Aenderung des Gebiets der Zollausweise in Seehäfen, wonach der Finanzminister solche Aenderungen vornehmen kann, angenommen.

Der Einspruch des Abg. Schwarz (Komm.) gegen seinen gestern verhängten Ausschuß von acht Sitzungstagen wird gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion zurückgewiesen.

Freitag 1 Uhr kleinere Vorlagen und Handelsvertragsverhand- lungen.

Schluß gegen 7 Uhr.

Die Vertrauensfrage im Landtag

Heute drei namentliche Abstimmungen.

Der Landtag beschäftigte sich gestern zunächst mit Urantfragen. Der Antrag des Zentrums betr. die Gewährung von Kautionskrediten für die in den Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen, Rheinprovinz und in Teilen von Hannover und Ostpreußen eingetretene Ernteschaden wird ohne Aussprache dem Hauptausschuss überwiesen. Darauf begründet

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

den Antrag seiner Partei, für Wohnungs- und Heimstättenwesen einen besonderen ständigen Ausschuss einzusetzen. Man müsse das Wohnungs- und Heimstättenwesen schon aus dem Grunde für sich behandeln, weil die hierher gehörigen Angelegenheiten im Wohlfahrtsministerium, die Siedlungsfragen aber im Landwirtschaftsministerium bearbeitet werden.

Die Abg. Bergmann (Z.) und Kaufhold (Dntl.) beantragen Vorbereitung des Antrages im Siedlungsausschuss, Allan (Komm.) und Kiedel (Dem.) Ueberweisung an den Geschäftsausschuss. Das Haus beschließt Ueberweisung an den Geschäftsausschuss.

Weiter wird beschloffen, den Entwurf zu einem Lippegesetz, das die Bildung einer Genossenschaft zur Verwaltung, Erhaltung und Unterhaltung des Wasserschloßes der Lippe vorsieht, einem besonderen Ausschuss zu überweisen. Der Ausschuss soll 20 Mitglieder haben.

Die Novelle zum Wanderlagersteuergesetz geht an den Hauptausschuss.

Die Vorlagen der Allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt für 1920 und der Uebersicht von den Staatseinnahmen und -ausgaben für 1920 und 1921 gehen an den Rechnungsausschuss.

Die Verordnung zur Aenderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 30. Oktober 1923 wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Der Entwurf für eine Preussische Verwaltungs-Rechtsanwaltsordnung geht an den Verfassungsausschuss.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Schulpolizeibeamtengesetzes wird dem Ausschuss für Beamtenfragen überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Geforderte Abstimmung in der Vertrauensfrage!

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Ausschussbericht über den Antragsantrag der Kommunisten; namentliche Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage (die Abstimmungen sollen um 3 Uhr beginnen); Antrag Hirsch über den Abbau von Kahlbeamten; Antrag Borch über die Neuordnung des höheren Schulwesens.

Ueber die Frage, in welcher Reihenfolge über die Anträge zur Vertrauensfrage abgestimmt werden soll, erhebt sich noch eine längere Erörterung, an der sich die Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.), v. Kries (Dntl.), Grzesinski (Soz.), Dr. Höpfer-Walhoff (Dem.) u. a. beteiligen. Schließlich geht mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten der Antrag Grzesinski (Soz.) durch, die drei namentlichen Abstimmungen über die Anträge der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten als drei gesonderte Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß gegen 2 Uhr.

Wirtschaft

AGG-Generalsammlung.

In der Generalsammlung der AGG machte Generaldirektor Dutschke Ausführungen über die augenblickliche Wirtschaftslage und über die zukünftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Er polemisierte eingehend gegen die Auffassung, daß es möglich sei, die Forderschen Methoden nach Deutschland zu übernehmen und fuhr dann fort, daß nur in einem Sinne und in einer Richtung die deutsche Fordisierung möglich sei:

nämlich auf dem Wege des horizontalen Aufbaues in allen wesentlichen Industrien. Dabei handelt es sich nicht um Kartelle oder Interessengemeinschaften, die je nach den Konjunkturverhältnissen umgangen werden und verschiedenartige Interessen immer betreiben lassen, sondern einzig darum, daß gleichartige Werke in einer Gemeinschaft verschmolzen werden, bei der die verschiedenen Interessen einseitig berücksichtigt, und alle Kräfte in eine einheitliche Richtung gelenkt werden.

Der Fortschritt einer ganzen Anzahl von Konstruktionsbüros, Patentbüros, Laboratorien und der heute überall sehr kostspielig gewordenen Verkaufsorganisation und Propaganda wird eine erhebliche Vereinfachung bringen. Vor allem aber werden durch die Vereinigung der Fabriktionen und durch ein einheitlich durchgeführtes Produktionsprogramm in den verschiedenen Werken derselben Industrie die Unkosten so herabgemindert werden können, daß die Verkaufspreise niedriger, der Absatz höher und der Nutzen gesteigert werden. Die Generalanstalten der heutigen Fabriktion und Organisation sind auf die Dauer in allen Ländern zu hoch.

In Wirtschaft ist in dem heutigen Deutschland eine Normalität nur für bestimmte technische Gebrauchsartikel möglich, z. B. Automobile, Motorräder, Nähmaschinen, Glühlampen, Kleinmotoren. Für alle anderen technischen Produkte, die in gleich guter Qualität von finanziell gleich starken Firmen ausgeführt werden, geht der Weg zunächst nur über die Produktionsgemeinschaft, den horizontalen Zusammenschluß.

Wenden diesen ersten entscheidenden Schritt sehe ich als Notwendigkeit die industrielle Verkündung der europäischen Länder und weiterhin mit den amerikanischen Staaten, um die Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Weltmarkt zu ordnen. Das industrielle Zentrum von Mitteleuropa, das durch die französisch-deutsche Grenze zerschnitten wird, muß einheitlich zusammengesetzt werden, damit eine gesunde Basis zu künftiger wirtschaftlicher Entwicklung gefunden werden kann.

Was speziell unsere elektrotechnische Industrie betrifft, so können wir für sie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen. Wir sind erst im Anfang der Elektrifizierung der Bahnen, und auch für die großen Kraftwerke sind die Ansichten in diesen Ländern sehr günstig, sobald wieder die Kapitalien für derartige Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Die Modernisierung der industriellen Werke, die während der letzten 10 Jahre unterbrochen war, ist wieder aufgenommen worden und bietet voranschreitend die Grundlage für eine lebhaftere Beschäftigung

der Fabriken. Für die AGG werden auch die intimen Beziehungen zu der größten amerikanischen Elektrizitätsgesellschaft, der General Electric Company, von erheblichem Nutzen sein, weil uns durch sie neben dem Austausch von Patenten und Erfahrungen auch die Einrichtungen, die in den außerordentlich großen Laboratorien in Schenectady gemacht werden, zur Verfügung stehen.

In diesen Ausführungen ist eine wertvolle, nämlich das Eingeständnis, daß Deutschlands Wirtschaftszukunft auf der horizontalen Konzentration der Produktionskräfte beruht. Für die Arbeiterschaft erwachsen daraus sehr starke Gefahren; denn jede Konzentration wird in der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur produktionssteigernd ausgeübt, sondern dient mit ihrer Zusammenballung der Kapitalkräfte auch dazu, die Absatzbedingungen, die Preise und die Arbeitsbedingungen einheitlich zu regeln. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die Mahnung, sich zur Abwehr der sozialpolitischen Gefahr ihrerseits sich zusammenzuschließen. Diese Gefahren legen nicht bloß in der Zukunft, sondern sie sind auch heute schon aktuell wie die Erörterungen auf der Generalversammlung über das Verhältnis von Kapital und Arbeit ganz deutlich zeigte. Ein Aktionär z. B. erklärte, daß eine Gefahr in der scharfen Zusammenlegung deswegen liege, weil ein kleines Kapital leichter zu verzinzen sei als ein großes und weil bei der hohen Verzinsung des Kapitals, das sich in entsprechenden Dividenden ausdrückt, die Arbeiter sehr leicht „begehrlich“ gemacht werden könnten. Interessant war dann noch, daß auf die Frage eines Aktionärs nach dem Durchschnittsverdienste der AGG-Arbeiter die Verwaltung erklärte, statistisches Material habe sie nicht zur Verfügung, doch sie glaube, daß der Verdienst des Arbeiters zurzeit ungefähr dem der Vorkriegszeit entspreche. Hier kann natürlich nur der Nominallohn gemeint sein, denn der Reallohn der Arbeiter steht weiter hinter dem Reallohn der Vorkriegszeit zurück. Das ist auch bei der AGG, so, denn wie der Aktionär zur Begründung seiner Anfrage ausführte, lehnen viele Arbeiter der AGG, den Rücken, während vor dem Kriege gerade die AGG als Arbeitsplatz sehr begehrte war. Ein weiterer Aktionär hob als Verdienst der Gesellschaft hervor, daß sie in der Inflationszeit stets Geld in Vorrat hatte, um die Arbeiter nicht mit entwertetem Gelde bezahlen zu müssen. Sie habe an diesem Vorratshalten von Geld circa 2 Millionen Goldmark eingebüßt. Wir finden, daß dies gar kein besonderes Lob für die Gesellschaft ist, sondern eine Selbstverständlichkeit. Das Risiko dieser Art Geldentwertung wurde ja bekanntlich durch Reichsbankkredite größtenteils wieder auf Staat und Rentenpresse und damit auf die Arbeiterschaft abgewälzt.

Die Liquidation des Barmat-Konzerns.

Der Barmat-Konzern wird unter Führung eines Treuhänderkomitees, an dessen Spitze der Kommerzienrat Bernhard Ranoff steht, allmählich liquidiert. Dem Treuhänder sind dabei ein Vertreter der Seehandlung und des Postministeriums zur Seite gestellt. Lebensfähige Unternehmungen des Konzerns sollen fortentwickelt werden, um sie später zu veräußern. Ueber die Liquidation liegen bisher folgende Nachrichten vor:

Das in den Händen des Barmat-Konzern befindliche Aktienpaket der Preussischen Hypotheken-Aktiengesellschaft, nominal 33 Millionen Mark Aktien, das sind 60 Proz. des Aktienkapitals, ging zu einem Kaufpreis von 2,4 Millionen Mark an die Deutsche Unionbank, Berlin, über.

Der Rebenbetrieb der A. Roth AG in Ludwigshafen wurde für die Fortführung von Aufträgen der Firma Guide G. m. b. H. in Ludwigshafen übertragen. Ein Besitzwechsel hat dabei nicht stattgefunden. Ueber die A. Roth AG Berlin wurde die Geschäftsaufsicht genehmigt.

Die zum Barmat-Konzern gehörige Bremer Privatbank dürfte der Deutschen Bank übergeben werden. Diese bleibt als Konzernbank weiter bestehen. Die Familie Barmat behält das Amsterdamer Haus und den Hamburger Teil der Amerima. Im übrigen hat die Treuhändergesellschaft die Verwertung der Vermögensmasse im Interesse ihrer Gläubiger zu besorgen und dabei auch die Reorganisation solcher Betriebe durchzuführen, die, wie die Berlin-Burger Eisenwerke, von Geldmitteln entlastet sind, aber vielleicht noch sanierter werden können.

Rekordhöhe der amerikanischen Getreidepreise. In Chicago haben die Getreidepreise eine Rekordhöhe erreicht, indem ein Tushel mit 1,90 Dollar notiert wurde. Die Kurssteigerungen sind zäpfelweises erfolgt, wonach die amerikanische Wintergetreideernte dieses Jahres 100 Millionen Bushels geringer sein wird als im Vorjahre.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels pro Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	19,50	24,75	Kakao, fettarm	70,00	96,00
Gerstengrütze, lose	18,75	19,25	Kakao, leicht, entölt	100,00	120,00
Hatzenhocken, lose	20,00	21,50	Tea, Seuchon, gepackt	120,00	160,00
Hatzengrütze, lose	21,00	22,50	Tea, indischer, gepackt	60,00	70,00
Roggenmehl 0/1	19,50	20,75	Inlandszucker bei mei.	29,00	31,00
Weizenmehl 0/1	22,7	23,00	Inlandszucker Raffina.	30,5	33,00
Hartgrüß	26,50	27,51	Zucker Würfel	31,5	37,0
7/8 Weizenmehl	19,75	21,00	Kunststhar	34,0	36,00
Weizen-Auszugmehl	21,50	27,51	Zuckersirup heiß 1 Liter	40,00	—
Speisebun, Victoria	19,00	22,25	Speisesirup dunkl. 1 Liter	27,00	30,00
Speisebun, Klicine	15,00	16,00	Marmelade Eintr. Erdb.	90,00	9,00
Bohnen, weiße, 1. Art	20,25	23,50	Karame-ade Vierfrucht	40,00	—
Langbohnen handverk.	27,0	32,0	Pilanzemusi Eimern	43,00	55,00
Linsen, kleine	18,00	25,50	Steinsalz, in Säcken	3,10	3,60
Linsen, mittel	21,00	42,00	—	3,70	4,20
Linsen, große	44,00	55,51	Siedesalz in Säcken	4,10	5,0
Kartoffel mehl	20,50	22,00	—	5,20	5,80
Yakkaroni, Hartgrüß	43,25	55,0	Bratenschmalz 1 Liter	91,0	91,70
Eiernudeln	41,50	71,50	Bratenschmalz 1 Kbel	91,30	92,25
Mehlnudeln	24,00	27,50	Parslad in Tierces	—	—
Bruchreis	11,25	17,75	Parslad in Kisten	89,00	90,50
Ranvoo Reis	11,50	20,00	Speisesalz in Packung	61,8	66,4
Tafelreis, glasl. Patna	24,5	32,00	Speisesalz in Kbeln	—	—
Tafelreis, Java	32,75	42,00	Margarine, Handelsm.	66,00	—
Ringpil, amerik.	77,00	95,00	destil. II.	60,00	63,00
Gelb-Pflanzen 90/100	48,00	50,0	Margarine, Spezialm. I	80,00	81,00
Pflanzen, entölt	72,00	82,0	destil. II.	60,00	71,00
Cal. Pflanzen 40/50	65,00	68,00	Molkereibutter II. Fäss.	179,00	183,00
Rosinen 1. Kist., Candia	60,00	71,0	Molkereibutter, l. Pck.	191,00	196,00
Sultanaen Caraburnu	73,00	83,00	Molkereibutter II. l. Pck.	179,00	172,00
Korinthen, choice	85,00	74,00	Molkereibutter, l. Pck.	177,00	172,00
Mandeln, süße Bari	305,00	210,0	Auslandbutter in Fäss.	199,00	218,0
Mandeln, bittere Bari	300,00	210,00	Corned beef 12 1/2 lbs n. K.	30,00	—
Zimt (Cassia)	100,00	120,00	Ausl. Speck, veräuchert	108,00	115,00
Schwarz Pfeffer singap.	110,00	60,00	Quadratkäse	33,00	45,00
Kümmel, holländischer	110,00	120,0	Filster Käse, vollfett	118,00	120,00
Weißer Pfeffer	110,00	120,00	Echter Emmentaler	165,00	175,0
Rohkaffee Brasil	215,00	23,00	Echter Edamer 40%	125,00	128,00
Rohkaffee Zentralam.	25,00	310,00	—	90,00	92,00
Arabkaffee Brasil	270,00	310,00	Ausl. ungezucker. Condensmilch 4 1/2%	20,00	22,50
Arabkaffee Zentralam.	330,00	400,00	—	22,25	—
Röst etreide, lose	20,00	23,00	Inl. sez. Conda. M. 4 1/2%	—	—

Internationale Valuta-Besserung.

Das Jahr 1924 hat nicht nur die Bollendung des Mark-Staatswertes, es hat auch fast allen europäischen Währungen entweder eine Festigung oder eine Besserung ihres Wertverhältnisses gebracht. Internationaler Wertmesser mit allgemeiner Geltung ist der Vereinigte Staaten-Dollar geworden, der bekanntlich im Verhältnis zur deutschen Währung 4,20 M. gilt, während umgekehrt in New York für eine Reichsmark zurzeit (13. Januar) 0,2381 Dollar bezahlt werden. Für die hauptsächlichsten europäischen Währungen stellte sich das Wertungsverhältnis an der New Yorker Börse im Durchschnitt des Monats Januar 1924 und dann am 13. Januar 1925 wie folgt:

Es wurden bezahlt:	im Januar 1924		am 13. Jan. 1925	
	Dollar	Proz. des Sollwertes	Dollar	Proz. des Sollwertes
für 1 englisches Pfund	4,26	87,5	4,7725	97,9
100 holländische Gulden	37,87	98,0	40,34	100,3
100 schwedische Kronen	26,25	97,8	26,92	100,4
100 Schweizer Frank.	17,32	89,7	19,29	96,05
100 belgische Frank.	4,18	21,6	4,90	25,8
100 französische Frank.	4,67	24,2	5,34	27,9
100 spanische Pesetas	12,75	66,0	14,15	73,3
100 italienische Lira	4,84	22,5	4,165	21,6
100 tschechische Kronen	2,91	14,3	3,0	14,8
100 dänische Kronen	19,92	74,3	17,76	68,2
100 norwegische Kronen	14,09	52,6	15,26	58,9

Ihren Sollwert (die Parität) haben wieder erreicht: der holländische Gulden, die schwedische Krone, der Schweizer Frank und (betrachte) das englische Pfund. Den Aufstieg hat für diese Währungen das zweite Halbjahr 1924 gebracht. Eine Ausnahme in der allgemeinen Aufwärtsbewegung bildet nur die italienische Lira und die dänische Krone. Auch eine Reihe von Uebersee-Währungen hatte im vergangenen Jahre erhebliche Kursbesserungen zu verzeichnen. Eine Ausnahme macht unter diesen nur der japanische Yen, der im Januar 1924 60 Proz., dagegen im November nur noch 77 Proz. seines Sollwertes galt. Andererseits sind Schanghai-Taels und Hongkong-Dollar überwertig.

Bamag-Reguin-AG, Berlin. Ein Muster neuzeitlicher technischer Spezialisierung und gleichzeitiger horizontaler Kombination ist die Bamag-Reguin-AG, Berlin, in der nach der absolut beherrschenden Stellung des Reguin-Konzerns für die Ausführung des Namens der Berlin-Anhaltischen Maschinen-AG, nur noch formale und historische Gründe sprechen. Die Verschmelzung der beiden Werke im Mai 1924 war tatsächlich eine völlige Auffaugung der Bamag durch die Reguin-AG, keineswegs mehr eine Verschmelzung Gleichgestellter zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Absatzinteressen. 1914 noch ein relativ kleines Werk (geladete Bleche) in Dillwyn a. d. Saar mit 730 Arbeitern, verkaufte die F. Reguin Co. AG, 1920 ihr Dillinger Werk an eine französische Gesellschaft, um unter Ausnutzung der für Neugründungen so günstigen Inflationzeit in Rudolph-Oberhausen ein vollkommen neuzeitliches Werk mit einer fruchtbareren konstruktiven Wertstee aufzubauen. Sie vereinigte die Gewinnung neuer technischer Verfahren für reiflose Vergütung, Verhärtung, Kohlenstaubförderung und -seuerung mit dem Bau von Anlagen und Maschinen für die Gewinnung und Verädung fester und flüssiger Brennstoffe von der Steinkohle über die Braunkohle bis zur Chemie, so daß die Entwicklung der Technik zur organischen Hauptgrundlage der Unternehmungspolitik gemacht ist. Der Erfolg konnte nicht fehlen. 1923 beschäftigte die Reguin-AG 2500 Arbeiter und Angestellte, verfügte neben ihrem Rudolpher Werk über die Röder-AG in Gleiwitz (heute oberpreussische Reguin-AG) und hatte die unbefristete Führung in der Kupferindustrie für Kohle, besonders für Braunkohle, ein natürlicher Ausdruck dieser Entwicklung nur war die Expansion der Reguin-AG durch die Angliederung der Bamag, die technisch und kaufmännisch seit 1914 (abgegeben von den Beteiligungen an den Büttner-Werken Herbering, Jetter Wrasch-Fabrik, Holland) stehen geblieben war (1914 4100, 1923 4500 Arbeiter). Die heutige Gesamtirma verfügt über die Reguin-Werke in Rudolph und Gleiwitz und über die Bamag-Werke in Roabit, Dejan, Rdn-Bayenthal; die Beteiligten treten neben den eigenen Werken sehr stark zurück. Für den gemeinsamen Chamottiebedarf für In- und Auslandsbauten sorgen die Stettiner Chamottiefabrik Düster und deren amerikanische Verbindungen. — In der Goldbilanz raltet äußerste Vorsicht. Obwohl die Bamag 1913 allein 15,4 Mill. Kapital und Reserven hatte, erscheinen Kapital und Reserven für beide Unternehmungen 1924 nur mit 16,06 und 2,6 = 18,26 Millionen. Die beiderseitigen Gesamthypotheken (aus 1920 12 Mill. und aus 1921 6,7 Mill.) erscheinen aufgemeriet mit 132 000 M., so daß ein Entwertungsgewinn, den Goldemzahlungswert berücksichtigt, von mindestens 700 000 Goldmark vorliegt. Dementprechend erscheinen auch die Anlagenwerte der Aktien stark unter ihrem Wert mit 16,2 und die Vorräte und Waren mit 5,3 Mill. (Die Bamag allein hat 1913 Vorräte mit über 5 Mill. ausgewiesen.) Beteiligungen betragen 2,74 Mill. Die Häufung stiller Reserven ist daher über alles vernünftige Maß hinausgetrieben.

Zur Abwehr der Majorisierungsbestrebungen im Kalifundikat haben sich sämtliche übrigen Werke der Kolindustrie zusammengeschlossen. Diese verfügen über die Mehrheit im Kalifundikat. Ob es aus dieser neuen Gruppierung zu Interessenskämpfen kommen wird, muß abgewartet werden, da innerhalb des Kalifundikats über die neugegründete Lage Verhandlungen bevorstehen.

Weitere Amerikakredite für Industriezweige. Immer weiter greifen die Wirkungen der Annahme des Dames-Bertrages für die Kapitalbeschaffung der Industrie. Auch der AGG-Konzern verhandelt jetzt in New-York über die Aufnahme einer Anleihe. Es handelt sich um die Anleihe in Höhe von 20 bis 30 Millionen Dollar, die in der Form einer Hypothek auf Vermögensobjekte des AGG-Konzerns sicher gestellt werden soll. Ebenso werden aus dem Winterhail-Konzern Anleiheverhandlungen in New York über 12 Millionen Dollar gemeldet. Das Geld soll zum Ausbau der großen Konzernruben, wie das in der Linie der Unternehmungspolitik des Herrn Rosberg liegt, und zur Errichtung einer Chloralkalimfabrik auf Glödauf-Couderbauen verwendet werden. Man sieht auch hier wieder, wie außerordentlich stark die Kapitalverdichtung und wie niedrig die Anlagenbewertung in den Goldbilanzen sein muß, wenn für die Unterbringung solcher Entleihen unmittelbar nach der Veröffentlichung der Goldbilanzen in den Betriebwerken der Konzerne Platz genug ist.

Die richtige Anwendung von Chlorodont!

Unter den Millionen Verbrauchern von Chlorodont gibt es doch noch zahlreiche, denen eine richtige Nutzenwendung dieser anerkannt besten Zahnpaste noch unbekannt ist. Hierzu gehört als wichtigstes Hilfsmittel eine geeignete Zahnbürste. Vergleichen Sie unsere bekannte Chlorodont-Zahnbürste mit einer gewöhnlichen, und die Vorteile der ersteren werden Ihnen ohne weiteres einleuchten. Die in einem leichten Bogen verlaufenden gezahnten Borsten nehmen die Zahnpaste leicht in ihren Vertiefungen auf und vermitteln die Nutzenwendung dort, wo sie am nötigsten ist: zwischen den Zähnen. Durch

Bürsten in horizontaler und vertikaler Richtung ist die denkbar beste mechanische Reinigung gewährleistet. Der Erfolg macht sich schon nach einmaligem Gebrauch bemerkbar; denn die Zähne erhalten einen wundervollen Ellenbeinglanz auch an den Seitenflächen. Durch die ermöglichte Reinigung eintretende intensive Speichelsekretion wird schließlich eine natürliche Mundreinigung erreicht, wie sie gründlicher nicht möglich ist. Das Gefühl eines erfrischenden, angenehmen riechenden Atems macht sich wohlthuend bemerkbar.

Jede Bürste ist durch die hygienisch einwandfreie Verpackung vor Berührung durch Menschenhand geschützt und nur edel in der bekannten grün-blau-weißen Chlorodontpackung.

Für Herren: harte Borsten Mk. 1,25 / Für Damen: weiche Borsten Mk. 1,25 / Für Kinder: kleines Format Mk. 0,70

Die Vorfahren unserer Straßenlaterne.

Wer heute aus dem Ausland in eine deutsche Stadt kommt, dem wird gerade zur Nachtzeit recht deutlich vor Augen geführt, wie verarmt Deutschland ist und wie sehr es sparen muß. Wo ist die Lichtfülle hin, in der die Straßen der Großstädte vor dem Kriege erstrahlten, als Elektrizität und Gas weitverbreitet, die Nacht zum Tage zu machen? In trostlosem Dufte liegt so manche Straße, und je weiter man sich vom Stadtkern entfernt, um so spärlicher wird meist die Beleuchtung und um so größer die Gefahr, auf allerlei lichtscheues Gesindel zu stoßen. Überall erheben sich daher Stimmen, die mit der allmählichen Besserung unserer Lage auch den „Abbau“ unserer Laternen wieder befehlen wollen.

Man sollte denken, daß eine so einfache und ganz selbstverständliche Einrichtung wie die Straßenbeleuchtung sehr alt sei. Allerdings hat die Laterne bereits eine Art historisches Vorkommen erworben; denn in mehr als einer europäischen Revolution des 19. Jahrhunderts — so 1848/49 — hat sie auf den Ruf der Massen: „An die Laternen!“ als Volkstreckder der Volkstugend dienen müssen; andererseits hat sie schon vielen Generationen braver Bürger einen lieblichen Halm geboten, wenn bei der Heimkehr zu nächstlicher Stunde Straßen und Häuser des Städtchens nicht ganz fest zu stehen schienen. Trotzdem kann die Laterne auf kein hohes Alter zurückblicken. Die Antike z. B., vor allem die Kultur der Römer, in der doch unzählige Erfindungen unserer Zeit entweder schon ausgebildet oder wenigstens in ihren Grundzügen vorhanden waren, kannte die Straßenbeleuchtung merkwürdigerweise nicht. Die ersten Vorfahren unserer Laternen finden sich erst in den Städten des Mittelalters.

Von den Straßen einer mittelalterlichen Stadt machen wir uns heute meist eine falsche Vorstellung. Gewöhnlich die Stadt, von ferne gesehen, oft ein imponantes Bild, so hat sie im Innern im Vergleich zu heute einen kümmerlichen Anblick. Die Straßen waren eng, dunkel, windig und starrten von Schmutz und Kot, da jede Pflasterung fehlte; Schweine, Hühner und anderes Geklügel liefen frei herum, und neben den Häusern lagen die Dungstätten; denn fast jeder Bürger trieb außer seinem sonstigen Erwerb etwas Landwirtschaft. Für den Abfluß des Regenwassers war nur ganz mangelhaft gesorgt. Eine gründliche Reinigung fand lediglich bei besonderen Anlässen statt, etwa beim Besuche von Fürstlichkeiten oder bei großen Prozessionen. Doch war der Erfolg eben wegen des Mangels an Pflasterung meist recht gering. Nachts waren die Straßen in unheimliche Finsternis gehüllt; denn jede Beleuchtung fehlte. Wer aber einen Gang zu tun hatte, mußte seine eigene Laterne mitnehmen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, in Löcher, Pfützen oder Düngerhaufen zu fallen. Der Sicherung der nächtlichen Ruhe diente die Abspernung der Straßen durch Ketten.

Trotzdem finden sich schon in der mittelalterlichen Stadt die ersten Anfänge der Straßenbeleuchtung. In zahlreichen Städten nämlich pflegten die Bürger bei besonderen Anlässen, bei Feuergefahr, bei Fürstbesuch und bei nächtlichen Aufmärschen aller Art ihr Haus irgendwie zu beleuchten. Man hingte dann entweder eine einfache Laterne hinaus oder zündete in aufgestellten eisernen Pfannen Schwefelringe an. Mit der Zeit wurde es üblich, an den Häusern, und zwar besonders an Straßenecken und in den Brückenübergängen, finden wir hier und da schon regelmäßige Beleuchtung; doch verdankten solche vereinzelte Laternen ihr Dasein meist irgend einer frommen Stiftung, waren also keine öffentliche Einrichtung.

Erst das 15. und 16. Jahrhundert brachten einen Fortschritt. London und Paris begannen bereits mit regelmäßiger Straßenbeleuchtung, und in Deutschland, wo man sich weit mehr Zeit ließ, sahte Nürnberg in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts als eine der ersten deutschen Städte wenigstens den Versuch, auf Stadtgassen eine Anzahl Laternen an den Häusern anbringen zu lassen, die jedoch nur bei Feuergefahr angezündet werden sollten. Zu einer regelmäßigen Straßenbeleuchtung kam es in Deutschland aber bis ins 17. Jahrhundert hinein noch nicht. Noch immer lagen die Gassen nachts, wenn nicht gerade der Mond schien, in tiefem Dunkel,

Wagen- und Fußverkehr ruhten, und nur hier und da bligte das Licht einer vereinzelten Handlaterne durch die Finsternis, oder die Portierhölzer eines Vornehmers, von etlichen Dienern mit Lichtern begleitet, schwannte durch die vereinsamten Straßen. Wer ortsunkundig war, war so gut wie hilflos und setzte sich noch immer allerlei Unfällen aus.

Als eine der ersten deutschen Städte führte 1669 Berlin eine regelmäßige Straßenbeleuchtung ein, und 1701, am Vorabend des Weihnachtstages, folgte Leipzig. Die Benutzung von Fackel- und anderen Fackeln wurde wegen der damit verbundenen Feuers-

gefahr kurzerhand für Dresden verboten. 1705 nahm die Straßenbeleuchtung daher auch in der kurfürstlichen Residenz ihren Anfang; die ersten Laternen ersahnten auf der Elbbrücke, dann folgte im selben Jahr die Altstadt, aber erst 1728 die Neustadt.

So war die Laterne vom 17. zum 18. Jahrhundert im allgemeinen die Zeit, zu der in den größeren deutschen Städten die ersten Straßenlaternen angezündet wurden. Es war für die deutsche Stadt der Beginn eines neuen Zeitalters! Mit der Nacht im tiefsten Schlafe liegenden Stadt war es nun endgültig vorbei. Der Mensch machte in steigendem Maße die Nacht zum Tage, Arbeit und Verkehr rasteten auch nachts nicht, und Industrie und Technik weitverbreiteten, die Beleuchtungsarten immer mehr zu verbessern. Ein reichliches Jahrhundert hindurch blieb man der Oellaterne treu, dann brachte die Einführung des Gaslichts eine völlige Umgestaltung. Dieses erleuchtete nun der englische Zoologe Buxton auf Grund eingehender Versuche, deren Ergebnisse in den „Naturwissenschaften“ mitgeteilt werden. Er hat die Körpertemperatur von Insekten untersucht, die der Wüstenbesonnung ausgesetzt sind, und geht dabei von dem tatsächlichen Fall aus, daß die Bodentemperatur 60 Grad und die Schattentemperatur 35 Grad ist. Die Tiere, besonders Insekten, lauern mit ihren Füßen auf dieser heißen Oberfläche, doch ist das Tier nur zum Teil der sehr hohen Bodentemperatur ausgesetzt, da die Hitze sich bereits in sehr kurzer Entfernung vom Boden beträchtlich verringert. Buxton hat nun die Körpertemperatur dieser Wüstentiere, die am Boden leben, gemessen und festgestellt, daß die Körpertemperatur der Insekten immer niedriger ist als die Bodentemperatur, aber höher als die Schattentemperatur. Der Organismus ist also den Bedingungen des Wüstenlebens vorzüglich angepaßt. Woher aber erhalten diese Wüstentiere das Wasser, das sie notwendig zum Leben brauchen? Dafür findet der Gelehrte folgende Erklärung: Trotz der Lufttrockenheit am Tage ist in der Nacht die Luft in den Wüsten bisweilen mit Wasserdampf gesättigt. Es finden sich auf dem Wüstenboden Pflanzenreste, die zwar im üblichen Sprachgebrauch als „Lufttrocken“ bezeichnet werden, aber doch einen ziemlich bedeutenden Wassergehalt besitzen. Buxton sammelte solches Pflanzenmaterial in gläsernen Hülsen um 2 Uhr nachmittags und fand, daß in diesen scheinbar lufttrockenen Pflanzenresten noch 60 Proz. Wasser gebunden waren; unter Umständen enthielten die Pflanzen sogar 80 Proz. Wasser. Dieser Wasser nun ist es, das nach der Ansicht des Gelehrten den Wüstentieren hauptsächlich als „Quelle“ dient. Nicht nur die Insekten nehmen derartige Pflanzenreste auf, sondern auch Vögel, Eidechsen und Formen, wie Ameisen, Gottesandeterinnen, Laufkäfer und andere, die sonst hauptsächlich fleischfressende Arten sind, machen sich in der Wüste diese Wasserquelle zunutze.

Der neue Kurs.



„So, da wären wir wieder. Jetzt, Feldwebel, bringen Sie dem Mensch noch den preußischen Strohstich bei!“

gefahr von da an in Leipzig verboten und 700 auf eichenen Masten angebrachte Oellampen erhellten fortan die Stadt. Der Rat drohte allen denen schwere Strafe an, die sich an den Laternen vergreifen sollten. Zur Bedienung wurden 18 Personen verpflichtet, die nach einer besonders entworfenen Ordnung die Laternen sauber halten, mit Öl versehen und zu bestimmten Zeiten anzünden und löschen mußten. Damit trat der Stand der Laternenwärter ins Leben, der erst in unseren Tagen mit der allgemeinen Einführung der Fernzündung wieder an Bedeutung verloren hat. In Dresden n. h. hatte schon 1877 Kurfürst Johann Georg eine ständige Straßenbeleuchtung geplant und durch eine eigens dafür eingesetzte Kommission näher Vorschläge machen lassen. Man wollte auf Kosten der Hausbesitzer jedes dritte Haus mit einer Laterne versehen, die im Winter von 5 Uhr nachmittags bis 6 Uhr früh brennen sollte. Die nicht unbedeutenden Kosten sollte die Bürgerschaft tragen. Der Rat erklärte dies aber bei der Finanzlage der Stadt, die noch unter den Nachwirkungen des 30jährigen Krieges zu leiden hatte, für unmöglich, und so kam es zunächst zu keiner Einigung. Die Angelegenheit zog sich noch mehrere Jahrzehnte hin, bis schließlich August der Starke, der bei einem Besuche Leipzigs die Beleuchtung der Straßen gesehen hatte und nicht wollte, daß Dresden zurückbliebe, die Neue-

Wie Tiere in der Wüste leben. Selbst in der ödesten und heißesten Wüste, die scheinbar jede Möglichkeit organischen Lebens ausschließt, gibt es Tiere, hauptsächlich Insekten, die doch ihr Leben fristen. Man hat sich über diese Tatsache sehr gewundert. Eine Erklärung versucht nun der englische Zoologe Buxton auf Grund eingehender Versuche, deren Ergebnisse in den „Naturwissenschaften“ mitgeteilt werden. Er hat die Körpertemperatur von Insekten untersucht, die der Wüstenbesonnung ausgesetzt sind, und geht dabei von dem tatsächlichen Fall aus, daß die Bodentemperatur 60 Grad und die Schattentemperatur 35 Grad ist. Die Tiere, besonders Insekten, lauern mit ihren Füßen auf dieser heißen Oberfläche, doch ist das Tier nur zum Teil der sehr hohen Bodentemperatur ausgesetzt, da die Hitze sich bereits in sehr kurzer Entfernung vom Boden beträchtlich verringert. Buxton hat nun die Körpertemperatur dieser Wüstentiere, die am Boden leben, gemessen und festgestellt, daß die Körpertemperatur der Insekten immer niedriger ist als die Bodentemperatur, aber höher als die Schattentemperatur. Der Organismus ist also den Bedingungen des Wüstenlebens vorzüglich angepaßt. Woher aber erhalten diese Wüstentiere das Wasser, das sie notwendig zum Leben brauchen? Dafür findet der Gelehrte folgende Erklärung: Trotz der Lufttrockenheit am Tage ist in der Nacht die Luft in den Wüsten bisweilen mit Wasserdampf gesättigt. Es finden sich auf dem Wüstenboden Pflanzenreste, die zwar im üblichen Sprachgebrauch als „Lufttrocken“ bezeichnet werden, aber doch einen ziemlich bedeutenden Wassergehalt besitzen. Buxton sammelte solches Pflanzenmaterial in gläsernen Hülsen um 2 Uhr nachmittags und fand, daß in diesen scheinbar lufttrockenen Pflanzenresten noch 60 Proz. Wasser gebunden waren; unter Umständen enthielten die Pflanzen sogar 80 Proz. Wasser. Dieser Wasser nun ist es, das nach der Ansicht des Gelehrten den Wüstentieren hauptsächlich als „Quelle“ dient. Nicht nur die Insekten nehmen derartige Pflanzenreste auf, sondern auch Vögel, Eidechsen und Formen, wie Ameisen, Gottesandeterinnen, Laufkäfer und andere, die sonst hauptsächlich fleischfressende Arten sind, machen sich in der Wüste diese Wasserquelle zunutze.

Welchen Druck üben die menschlichen Kinnbacken aus? Es ist uns eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Zähne dazu da sind, die Nahrung, die wir unserem Körper zuführen wollen, zu zerkleinern. Wir machen uns aber nicht klar, welche kräftigen Gelesen uns dabei ihre Dienste zur Verfügung stellen. Einen amerikanischen Zahnarzt interessierte die Frage, welchen Druck denn eigentlich unsere Kinnbacken auszuüben imstande sind, und auf Grund von Untersuchungen, die er an seinen Patienten anstellte, kam er zu dem Ergebnis, daß durchschnittlich die Schneidezähne eine Kraftleistung von 45 Kilogramm, die Backenzähne von 90 Kilogramm entfalten. In einem Falle konnte ein 33jähriger Mann so fest beißen, daß dies einem Druck von 122 Kilogramm entsprach.

Das Fest der Liebe.

Von August Stramm.

(Schluß.)

Zwei Messer streckten sich ihm entgegen, daß er sich beim Zugreifen beinahe in die Hand gestochen hätte. „Ach so happig! Sunst jibt's ja nisch.“ Dann hörte man ihn rumbasteln, und er steckte jedem etwas Fettes in die Hand. Bierig schnüffelten die Nasen und lachten die Jungen Unvernunft! ... Wahrhaftig, echte, gute Unvernunft!

„Krüppel“, murmelte fast weich der Alte launend. „Krüppel, wo hast i-r?“

Der aber merkte vor Freude: „Jo... wo hast?!... Wo...?!“

Er reichte dem noch ein Stück Kuchen... „Zum Nachessen...!... Rimmers...! Rimmers...! und er stieß den Grünling in die Rippen...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

„Scheiß de woll uff! Bloß de Dogen offer...! Denn jeh's ein nimmer schließ!... Scheiß 'r!... Irad wie der Strich runner fiel...

Der Gestrenge im bequemen Hausdrillich hantierte am Gauß: „Natterlich... du waist iederhaupt nich!... jar nich waist!... durchgefroren bis auf de Knochen... denkt... man is jemienlich zu Haus un kriegt 'n Schluß in 'n Weib... Jawoll!... Pufft der Hund in's Feiertag...!“

„Aber nain!... Mann...!“

„Jar nisch, nain...“ schnauzte der Gatte, „jar nisch... wabitt mit...“

„Ja kam doch nisch für!“ — die Stimme bekam schon einen freischenden Unterton — „jar nisch!... 's wuß ainer wegkommen hab'n... in 'n Moment trab'... wo 's Fenster auffand... wesen den Quam...!“

„Quatsch du und der...! In ma'n Haus steh'n?!... Wer soll da? und er nahm einen halbgefüllten Sack vom Boden auf und schüttelte eine ordentliche Portion Hofer in die Krippe. „Häusen“.

Die Frau wurde immer aufgeregter: „Wer soll steh'n?!... Was de Marie grad' erzählt...?!“

„Das Kleins von Schmidt Morfen hab'n se anjesall'n... auf offener Straß...!... he helligsten Dog...!... Finf od'r sechs Strotdel...!... Was waist ich!... Bajabunden!... un hab'n 'r den Kuchen weggenommen...“

Der Hausherr hieß das Geschirr, das er gerade aufhängen wollte, in der Hand und starrte sie an: „Bajabun...?“

„Ja... ja...“ weinte die Frau, „schäde oder sieh'n und preßle die schachigen, wofftröhigen Köpfe der beiden Mädchen, die eben schau in der Tür erschienen waren, fest an ihrem Rock: „Man kann ja wachhoffigen Jost seine Kinder nich mehr uff de Straß lassen... so traidt sich 's Volk zum und...!“

„Ist heut den beiden Göttern erst recht los, als hätte sie bereits irgendein Unhold am Kragen.“

„Himmelbunnerschön!“ bräufte der Eheherr auf, woff das Geschirr in eine Ecke und wurde ganz rot im Gesicht: „Wollt ihr Bäcker raus! Ihr ver...!... Komm! mir noch ainer aus 'm Haus!...“ drohte er hinter den Rücken her.

„Aber Mann!“ rief die Mutter empört, „was kinn'n die armen Kinder...?“

„Halt dein Rand! Quatsch!... Dammiger Quatsch!“ und er hob das Geschirr wieder auf.

„Aber nain... Mann!... wahr is't!... so wahr als...! eigenlich mußt' se doch jesehn hab'n...“

„Was soll 's noch alles sehn... he...?!... Drei Souner hab' 's jesehn!... hundsvadammel!... alandige Hundel... kinn'on's nimmer jerosen kein!... und was sollt' ich bermü?!... In de Stadt bringen un abliefern!... wär kain'n zu Denk jewesen!... Das 's heit eben un wößl zu Haus wär... un dann dal das Saumatter...!... Wahnachtstabend...!... Janze Polderdage naberten... mit Bericht... und so...!...“

„Hast räch! hast räch!“ beschwichtigte ihn die Frau.

„Reel!... Waib! jeh in de! Ich un besorg was ordentlich in de Rippen... will bloß noch's Pfard besorgen!“ Seine Stimme wurde ruhiger und ardentlich weich. „Su 'n tref's Bier!... Ich sag dir... 's recht de Bajabunden schon so gut wie sai Herre!... 'n Hundsofft, der nich fier sai Bier sorgt!... Sullt sai dai Pöwerdag hab'n...!... Schia m'r 'n Sila gut's Brot rieber!“ rief er seiner Frau noch nach. Er schüttelte den Hafer durcheinander und warf die Streu auf. Dann ging er an den Verschlag, streckte die Hand durch die Ratten und klopfte die festen Betrücken. Ein leises, molliges Grunzen dankte ihm für die Liebfölung. Erst die Krinne, die ein mächtiges Stück Schwarzbrod brachte, stürte 's Idyll.

„Ah“ sagte der Gestrenge wohlgekaumt und steckte dem Gauß ein paar Bissen in das Maul.

Das Töchterchen aber traute der väterlichen Laune nicht recht und verschwand hurtig.

„So, Guch...!... du hast dai Wahnachtstbrod!...“ Er brockte den Rest in großen Stücken in die Krippe und klopfte dem Gauß den Hals. Einen Augenblick blieb er noch nachdenklich stehen und schüttelte den Kopf: „Schnurrig!... zu dammig!...“, dann drehte er das Licht klein und schloß die Lüre von außen sorgfältig zu.

Konni hatte der Schlüssel sich umgedreht, da ließ sich der Buckel schon durch die Bodensute runter auf die Krippe und von da zur Erde, gab dem Gauß einen Klops auf die Nase, grapschte die Brotstücke aus der Krippe und kletterte vergnügt sichernd mit Hilfe der beiden anderen wieder auf seinen Platz zurück.

Die drei Gelesen sahen sich die erbauteten Brotstücke fröhlich schmecken.

„Dem ha'n m'r 's jestedt!“

„Daber nu find m'r fierer!“ brummte der Alte, wählte sich in das Stroh ein, und es dauerte nicht lange, so schnarrte er.

Unten scharrte der Gauß, der sich von seinem Schreck noch nicht ganz erholt hatte, und die Schweine grunzten leise behaglich im Schlaf. Draußen heulte der Sturm und rüttelte an dem Dach, daß die Balken knarrien.

Ein paar mal schludzte der Grünling im Schlaf. Der Buckel gab ihm seine Hand über, die er fest umklammert hielt.

Da löste Gelang aus dem Hause... weit und schwach... von Kinderstimmen...!... „Den Wahnhut kai Schrabbiner fingen 's Wahnachtsbrod!“ kiffierte der Buckel.

Dann wurde es ganz still im Stall.

Nur aus weiter Ferne... ganz fein und hart... klangen die hellen Kinderstimmen durch den Sturm:

„Christ ist erstanden!
Christ ist geboren!
Den Menschen ausertoren!
Christ, der Erlöser, Befreier ist da!“

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

Frisches Fleisch

Hammelvorderfleisch	Pfund	60 P.
Hammelrücken	Pfund	68 P.
Hammelkeulen	Pfund	78 P.
Kalbskamm	Pfund	60 P.
Kalbskeulen	Pfund	75 P.
Schweinebauch ohne Beilage	Pfund	85 P.
Schweineschulterblatt	Pfund	85 P.
Kassler Rippespeer	Pfund	1 20

Schweineköpfe gepökelt	Pfund	38 P.
Rindergoulasch gefroren	Pfund	34 P.
Rinderherzen gefroren	Pfund	32 P.
Ochsen-Suppenfleisch	Pfund	50 P.
Ochsen-Schmorfleisch	Pfund	75 P.

Obst, Gemüse

Kohlraben	Pfund	3 P.
Weisskohl	Pfund	3 P.
Rotkohl	Pfund	4 P.
Wirsingkohl	Pfund	7 P.
Grünkohl	Pfund	7 P.
Rosenkohl	Pfund	28 P.
Kochbirnen	Pfund	10 P.
Boskop-Aepfel	Pfund	22 P.
Feigen	Pfund	25 P.
Mandarinen	Pfund	35 P.
Orangen	Pfund	45 P.

Salze	Pfund	50 P.
Rotwurst	Pfund	55 P.
Landleberwurst	Pfund	55 P.
Speck	Pfund	1 45
Barrenmattwurst	Pfund	1 00
Fleischwurst	Pfund	1 00
Hans-Leberwurst	Pfund	1 00
Jagdwurst	Pfund	1 20
Mettwurst	Pfund	1 45
Schinkenspeck	Pfund	1 45

Wurstwaren

Gebr. Roggen	Pfund	23 P.
Gebr. Gerste	Pfund	23 P.
Weizengries	Pfund	24 P.
Graupen grobe	Pfund	21 P.
Linson	Pfund	30 P.
Valencia-Reis	Pfund	30 P.
Java-Reis	Pfund	38 P.
Makkaroni	Pfund	45 P.

Kolonialwaren

Kaninchen gez. F.	Pfund	95 P.
Hasen gew.	Pfund	1 05
Suppenhühner	Pfund	1 55
Gänse	Pfund	95 P.
Gänsestückenfl.	Pfund	80 P.
Gänsekeulen	Pfund	1 50
Gänseklein	Pfund	1 00
Gänsebrust	Pfund	1 00
Gänseleien	Pfund	2 10
Gänserrümpfe	Pfund	1 40

Wild - Geflügel

Frühstückskäse	Pfund	23 P.
Romatourkäse	Pfund	27 P.
Camembert	Pfund	28 P.
Camembert	Pfund	35 P.
Stangenkäse	Pfund	48 P.
Quadratkäse	Pfund	50 P.
Tilsiter Käse	Pfund	40 P.
Dän. Gouda	Pfund	75 P.
Edamer	Pfund	88 P.
Schweizer Käse	Pfund	1 10
Schweizer Käse	Pfund	1 40

Käse

Molkerei-Butter 88 P.

Fische

Schellfisch	Pfund	30 P.
Rotbars	Pfund	32 P.
Seelachs	Pfund	35 P.
Gr. grüne Heringe	Pfund	30 P.
Kablau	Pfund	40 P.

Ital. Spaghetti 40 P.

Weine vom Fass
 Rotwein voll Qualitat, für Kocharbeiten und als 100 Steier
 Weisswein mittelvoll, Rheinpflanzl, für Bowlen, zwisch u. Tischw. geolgn. Ltr. 90 P. 24 P.

Bowlen- und Tischweine
 Preis ohne Steuer und Flasche
 1922er Bayerfelder Schlossberg .. P. 95 P.
 1922er Valwiger Palmborg .. P. 1 40
 1919er Niersteiner Schmitt .. P. 2 18
 1921er Edigerer Hitzberg .. P. 2 75

Adler-Silber Deutscher Weinbrand
 3 90 10 Flaschen 37 50
 einschliesslich Steuer und Flasche

Dresdner Bank.
 Die außerordentliche Generalversammlung vom 12. Dezember 1924 hat beschlossen, das Grundkapital durch Einziehung von 125 Mill. Mark Schutzaktien und Herabsetzung des Nennwertes der verbleibenden Aktien im Verhältnis 12:1 auf 78 Millionen Goldmark zu ermäßigen.
 Nachdem der Umstellungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir unsere Aktionäre auf, die Mängel ihrer Aktien mit einem Nennwertverzeichnis, auf dem die Stücke der verschiedenen Nennwerte (600, 1000, 1200 und 3000) getrennt aufzuführen sind, bis spätestens zum 18. Februar 1925 einschleichen ob bei folgenden Stellen einzurichten:
 in Berlin: bei der Dresdner Bank, dem Bankhaus Hardy & Co. G. m. b. H., der Dresdner Bank, der Dresdner Bank in Frankfurt a. M., dem Bankhaus L. & E. Wertheimer, der Dresdner Bank in Hamburg, der Dresdner Bank in Anchen, der Dresdner Bank in Köln, dem Bankhaus Deichmann & Co., dem Bankhaus A. Levy, dem Bankhaus Siegfried Simon, der Dresdner Bank in Eason, dem Bankhaus Simon Hirschland, der Dresdner Bank, der Dresdner Bank, dem Bankhaus Velt L. Neuberger, dem Bankhaus F. A. Neubauer, der Oldenburgischen Landesbank, der Mecklenburgischen Bank,
 sowie bei den sämtlichen übrigen Niederlassungen der Dresdner Bank.
 Die Aktien über M. 1000.— werden abgestempelt auf 80 Reichsmark, die Aktien über 3000.— auf 240 Reichsmark während die Aktien über M. 600.— auf 40 Reichsmark unter Aushändigung eines Anteilsscheines über 8 Reichsmark und die Aktien über M. 1200.— auf 80 Reichsmark unter Aushändigung eines Anteilsscheines über 16 Reichsmark abgestempelt werden.
 Gegen Anteilsscheine im Betrage von insgesamt 40 Reichsmark und dem Vielfachen hiervon werden auf Antrag Aktien in entsprechenden Nennbeträgen ausgetauscht.
 Die Rückgabe der abgestempelten Aktien und die Anreichung der Anteilsscheine bzw. der dagegen eingetauschten Aktien erfolgt gegen Rückgabe der von den Einreichenden ausgestellten Quittungen. Die Stellen sind berechnigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers dieser Quittungen zu prüfen.
 Die Einreichungsstellen sind auf Wunsch gern bereit, Aktien über M. 600 und M. 1200 in Aktien über M. 1000 oder M. 3000 umzutauschen und a dnan die Umstellung in der Weise vorzunehmen, daß die Ausgabe von Anteilsscheinen unerlaubt. Den bei dem Umtausch etwa erlöschenden Spitzausgleich werden die Einreichungsstellen zu kulantem Bedingungen bewirken.
 Die Abtretung sowie die Aushändigung von Aktien und Anteilsscheinen erfolgt bei der Dresdner Bank und ihren Niederlassungen und an den Schaltern der sonstigen Einreichungsstellen provisorisch. Letztere berechnen die üblichen Gebühren, falls die Umstellung im Wege der Korrespondenz vorgenommen wird.
 Wir machen darauf aufmerksam, daß voraussichtlich vom fünften Börsentage vor Ablauf der oben genannten Frist ab nur noch die auf Reichsmark umgetauschten Aktien und die im Tausch gegen Anteilsscheine ausgegebenen Reichsmark-Aktien lieferbar sein werden.
 Berlin, den 16. Januar 1925.

Ata HENKEL'S SCHEUERPULVER

 Mit Ata putzt es sich famos:
 Der Ata-Engel-seht doch bloß-
 Will es sogar dazu benutzen
 Dem Mond die Nase blank zu putzen!
 Ata putzt u. reinigt großartig!

Teilschlüsseln, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Teilschlüsseln, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Teilschlüsseln, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Werberbeit für Herbarbeit in der Arbeiterkammer...
Oberstoffzuschneider
 für Krawatten wird per sofort gesucht...
Hausmeister
 für Geschäftshaus am Teichbomberg...
Zwischenmeister
 mit großem leistungsfähigen Material...
Max Lesser jr.
 Garniermeister
 Kronenstraße 22
Spezial-Breffer
 für Schreibmaschinen-Typen stellt sofort ein
Jris-Zope
 direkt am Bahnhof
Musikinstrumente
 Violas, prächtige Instrumente, besonders Kavallo, Cello, Violoncello...
Fahrräder
 Motorräder, Kleinstwagen in allen Preislagen von 175.— an, großes Lager...
Schreibmaschinen
 Bismarck, neueste Schreibmaschinen, Kleinstwagen bei Kauf...
Garten: Lauben Balkon
 Ganzjährig, Brüche, Dachziegel mit...
Kaufgesuche
 Motorräder, Kleinstwagen...
Geloverkehr
 Kleinstwagen, Motorräder...
Frauen u. Mädchen
 über 15 Jahre alt, von gutem Aussehen...
Splintstoffabrik Zehlendorf
 G. m. b. H., Orst, Schönau b. Zehlendorf...
Geübte Drahtflechtinnen
 Splintstoffabrik Zehlendorf...
Akkord-Packerinnen
 stellt sofort ein
 Zigarettenfabrik J. Garbáty
 Berlin-Pankow
 Berliner Straße 122/123

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Uhrmacherlehre Achtung!
 Sonnabend, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Parkrestaurant des Verbandshauses, Cielstr. 63-65
Berufsanmeldung
 für die Aufnahme in den Verband...
Branchenversammlung
 der Gold-, Silber-, Stroh-, Leder- und weichen Berufsangehörigen...
Wohlfahrt! Gelbmetall Achtung!
 Montag, den 26. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147.
Berufsanmeldung
 aller Kollegen und Kollegen aus den Betrieben der feinsten Metallindustrie...
Domino-Masken
 von 5 Pfg. an bis zu den feinsten...
Alle Fest- und Carnevalartikel
 sehr billig, Riesenauswahl.
A. Maas & Co.
 Markgrafstr. 34, a. d. Lindenstr. 9-6 Uhr. Gebr. 1900.

Wollen Sie Möbel und Garderoben billig u. ohne Aufschlag Auf Kredit
4 Etagen Winter - Mäntel Herren-Anzüge Knaben-Anzüge
A. DAMITT
 Rosenthaler Str. 46-47

Verkäufe
Kuppich - Schrank verkauft einen Teilschlüssel, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Krumm-Röhrenmaschinen für Feuer- und Gasmotoren, Teilschlüssel, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Kuppich - Schrank verkauft einen Teilschlüssel, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Kuppich - Schrank verkauft einen Teilschlüssel, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.
Kuppich - Schrank verkauft einen Teilschlüssel, Korbhübel, Kinderwagen, Metallbetten, Kaffelbäder vorübergehend 10 Prozent, Bull. Große Kranzfeuerkrone 47, Zweige/Edel: Oberlattenbun, Goethestraße 47.

Musikinstrumente
 Violas, prächtige Instrumente, besonders Kavallo, Cello, Violoncello...
Fahrräder
 Motorräder, Kleinstwagen in allen Preislagen von 175.— an, großes Lager...
Schreibmaschinen
 Bismarck, neueste Schreibmaschinen, Kleinstwagen bei Kauf...
Garten: Lauben Balkon
 Ganzjährig, Brüche, Dachziegel mit...
Kaufgesuche
 Motorräder, Kleinstwagen...
Geloverkehr
 Kleinstwagen, Motorräder...

Frauen u. Mädchen
 über 15 Jahre alt, von gutem Aussehen...
Splintstoffabrik Zehlendorf
 G. m. b. H., Orst, Schönau b. Zehlendorf...
Geübte Drahtflechtinnen
 Splintstoffabrik Zehlendorf...
Akkord-Packerinnen
 stellt sofort ein
 Zigarettenfabrik J. Garbáty
 Berlin-Pankow
 Berliner Straße 122/123